DELBRÜCK
UND
WILHELM II.

Ein Nachwort zu meinem Kriegsbuch

von

KARL KAUTSKY

1. bis 3. Tausend

VERLAG NEUES VATERLAND
E. BERGER & Co.
Berlin W 62

Inhalt.

1. Kleinigkeiten.

Meine Schrift über die Frage „Wie der Weltkrieg entstand" (Berlin, Paul Cassirer), hat wegen der darin benutzten deutschen Dokumente ziemlich viel Staub aufgewirbelt, aber in Deutschland nur wenige sachliche Erörterungen hervorgerufen. Die Mehrzahl der Kritiker kam nicht darüber hinaus, sich über die vorzeitige Veröffentlichung meines Buches aufzuregen. Man sah, daß sie dieses, mir selbst höchst unerwünschte und durchaus nicht von mir veranlaßte Vorkommnis als willkommene Gelegenheit ansahen, den Autor angreifen zu können, ohne sich auf eine sachliche Würdigung seiner Ausführungen einlassen zu müssen.

Die Zahl der sachlichen Besprechungen, die erschienen, ist gering, und von denen, die mir zu Gesicht kamen, ist, soweit sie mir entgegentreten, keine, die mich zu einer Erwiderung veranlassen würde, ganz abgesehen davon, daß es einem Autor natürlich unmöglich ist, auch nicht von ihm verlangt werden kann, daß er alle Kritiken beantwortet.

An einer kann ich jedoch nicht stillschweigend vorbeigehen. In den „Preußischen Jahrbüchern" veröffentlicht im Januar d. J. Herr Professor Hans Delbrück unter dem Titel „Die Kautskypapiere" einen dreißig Seiten langen Artikel, in dem er meine Schrift einer eingehenden Kritik unterwirft, oder, wie er sich ausdrückt, mit mir „abrechnet".

Er hat den Artikel jüngst auch als besondere Broschüre herausgegeben. Um den dritten Bogen voll zu machen, hängte er ihm noch eine Polemik gegen Harden an, die er im Dezemberheft der „Preußischen Jahrbücher" veröffentlicht hatte. Die beiden Artikel stehen nicht im mindesten Zusammenhang miteinander, in keinem von ihnen werden Harden und ich in irgendwelche Beziehung miteinander gebracht. Wenn Delbrück seiner Broschüre den Titel gab „Kautsky und Harden", so wirkte der sehr irreführend. Aber dafür ist er freilich von einer Pikanterie, die ich einem Universitätsprofessor nicht zugetraut hätte.

Um der Person ihres Verfassers willen muß ich mich mit Delbrücks Kritik auseinandersetzen. Ich schätze ihn hoch wegen seiner historischen Arbeiten, namentlich über die Geschichte des Kriegswesens, die bahnbrechend gewirkt haben, und ich achte ihn auch als aufrechten Charakter.

Ich sehe keine Ursache, mit dem Ausdruck meiner Wertschätzung hier zurückzuhalten, obwohl die Kritik Delbrücks das ausgesprochene Bestreben zeigt, nicht nur mich zu widerlegen, was bei seiner Auf-

fassung selbstverständlich, sondern mich herabzusetzen, mir nicht nur die Befähigung zum Geschichtsschreiber, sondern sogar die Ehrlichkeit abzusprechen.

Ich muß ihm dabei zugute halten, daß ich ihn schwer gereizt habe. Mit drei anderen Herren, dem Grafen Montgelas und den Herrn Professor Max Weber und Mendelssohn-Bartholdy, hatte er eine Denkschrift über den Ursprung des Krieges verfaßt, die im deutschen Weißbuch vom Juni 1919 erschien. Die dort geäußerten Anschauungen erschienen mir angesichts der deutschen Dokumente völlig unhaltbar, und ich gab dem in ironischer Form Ausdruck (S. 86). Eine derartige Behandlung eines leibhaftigen Professors durch einen simplen „sozialdemokratischen Journalisten" hat Delbrück offenbar sehr erbost, und er hält es für nötig, mir zuzurufen:

„Ich will einmal die Anmaßung haben, zu behaupten, daß ich ein ernsthaft zu nehmender Gelehrter bin." (S. 14*.)

Angesichts dieser Empfindlichkeit des Herrn Professors beeile ich mich, zu wiederholen, was ich schon eingangs bemerkt, daß ich Delbrück als Gelehrten nicht nur ernsthaft nehme, sondern außerordentlich hochschätze. Aber die Frage der Ursachen des Krieges ist nicht bloß eine Frage der Gelehrsamkeit, sie ist eine Frage aktueller, praktischer Politik, an der wir alle teilgenommen haben. Man kann nun ein hervorragender Gelehrter und doch ein sehr naiver Politiker sein. Delbrück ist wohl auch in der Politik keine unbedeutende Erscheinung, sondern da ebenfalls ein interessanter Denker, indes doch ein derartiger Sonderling, daß es wohl wenige am politischen Leben Beteiligte gibt, die nicht hin und wieder die „Anmaßung haben", über manche seiner politischen Anschauungen den Kopf zu schütteln oder gar zu lächeln. Ob diese Frechheit in meinem Falle berechtigt war, werden wir noch sehen.

Einstweilen sei nur bemerkt, daß ich nicht die Absicht habe, die starken persönlichen Töne, die Professor Delbrück anschlägt, mit gleichem Kaliber zu erwidern. Ich will auch, um seine offenbar sehr hochgradige Empfindlichkeit zu schonen, mich des trockensten Tones befleißigen, jedes Lächeln vermeiden und mein Gesicht in die düstersten Falten legen.

Das fällt mir um so leichter, als Delbrücks Kritik trotz ihres gesucht verletzenden Tones mich angenehm berührt hat. Wenn Delbrück als mein direkter Antipode in der Kriegsfrage auftritt, dabei noch eine besondere persönliche Gereiztheit an den Tag legt und mit aller seiner, sicher umfassenden Gelehrsamkeit gegen mich nicht mehr zu sagen weiß, als er in der hier besprochenen Abhandlung sagt, gibt mir das die beruhigende Versicherung, daß ich auf dem richtigen Wege bin.**

---

* Ich zitiere nach den Seitenzahlen der Broschüre, nicht der preußischen Jahrbücher, obwohl vorliegendes Schriftchen schon abgefaßt war, als jene erschien. Die Ungunst der Verhältnisse verhinderte die sofortige Drucklegung.

** Die vorliegende Schrift war schon niedergeschrieben, als mir die „Glossen zum Kautsky-Buch" zu Gesicht kamen, die der General Graf Montgelas veröffentlicht hat. Sie würden eine Reihe von Richtigstellungen erfordern, aber ich

Es erscheint mir überflüssig, auf all den Kleinkram einzugehen, den Delbrück gegen mich vorbringt. Nicht deshalb, weil ich nichts darüber zu sagen hätte, sondern weil ich zu viel sagen müßte, wenn ich mich einmal darauf einließe. Man kann auf zwei Zeilen eine Anklage erheben, die mehrere Seiten zu ihrer Widerlegung erheischt. Und ich fürchte schon, zu viel Zeit meiner Leser in Anspruch zu nehmen, wenn ich mich auf die Hauptfragen beschränke, durch die Delbrücks Kritik bereits hinlänglich beleuchtet wird, die Fragen des russisch-serbischen „Komplotts", der Mobilisierungen, der kaiserlichen Randglossen und vor allem die Frage der Rettung des Weltfriedens durch die Herbeiführung des österreichisch-serbischen Krieges.

---

2. Das russisch-serbische Komplott.

a) Der Bericht Paschitschs.

Mit dem russisch-serbischen Komplott fängt Delbrück an. Er zieht es heran, weil er dabei zeigen will, welcher schäbigen Advokatenkniffe ich mich bediene, um dem Leser meine Auffassung plausibel zu machen. So sagt er:

„Was nicht zu seiner (Kautskys) Tendenz stimmt, wird verschwiegen; in erster Linie das russisch-serbische Komplott zum Zwecke der Zertrümmerung Österreich-Ungarns, das uns durch den Bericht des Ministers Paschitsch über seine Unterredung mit dem Zaren und die russischen Ministerprotokolle bis ins einzelnste enthüllt ist. Nur so ganz im allgemeinen hören wir Andeutungen, daß die Serben für die Österreicher unbequeme Nachbarn waren. Die Schikanenpolitik, mit der die Österreicher und namentlich die Ungarn die Serben niederzuhalten suchten, wird uns eindrucksvoll geschildert. Daß gerade der Erzherzog-Thronfolger diese törichte Politik verwarf und bekämpfte und vielleicht gerade deshalb von den nationalistischen Fanatikern, die keine Aussöhnung wollten, ermordet wurde, wird uns ebenfalls sorglich verschwiegen. (S. 6.)

Nur durch derartige verwerfliche Advokatenkniffe gelingt es mir, nach Delbrück, den österreichischen Staat, der von Rußland und Serbien in seiner Existenz aufs schwerste bedroht war, als „den Träger einer Abenteurerpolitik" erscheinen zu lassen, „die für irgendwelche unklaren Ziele in frivoler Weise Händel sucht."

An dieser schweren Anklage bewußter Unehrlichkeit, die Professor Delbrück gegen mich erhebt, ist eines richtig: ich habe von dem russisch-serbischen Komplott in meinem Buche kein Wort gesagt. Was aber ermächtigt den Herrn Professor, mit voller Bestimmtheit zu behaupten,

---

kann nicht jedem Kritiker antworten, und darf es mir im vorliegenden Falle um so eher sparen, als ich in meiner Beantwortung der Delbrückschen Kritik im wesentlichen auch die des Generals Montgelas erwidere. Beide bewegen sich in den gleichen Bahnen, nur schlägt der General nicht so wilde, kriegerische Töne an wie der Professor.

dies sei darauf zurückzuführen, daß ich mir bekannte Tatsachen verschweige, weil sie zu „meiner Tendenz nicht stimmten?"

In Wirklickeit vermag ich leider jenes „Komplott" auch heute noch nicht zu entdecken. In dem Bericht Paschitschs vom 2. Februar 1914, auf den sich Delbrück beruft, ist nicht ein Wort darüber zu finden. Es heißt dort:

„Ich legte dem Zaren die Politik Serbiens dar, welche darin besteht, daß der Frieden auf dem Balkan erhalten bleibt und daß neue Verwicklungen vermieden werden, denn Serbien braucht den Frieden, um sich zu erholen und sich von neuem zur Verteidigung der serbischen Staatsinteressen zu rüsten. Ich legte auch die Schwierigkeiten dar, auf welche Serbien bei der Verfolgung seiner friedlichen Politik stößt. Unzufrieden sind Bulgarien, die Türkei und Österreich. Die Türkei, weil sie den Krieg mit den Balkanstaaten verloren hat, Bulgarien, weil es nicht alles das, was es wollte, behalten oder erhalten konnte, und Österreich, weil es die Aussicht auf den Vorstoß nach Saloniki verloren hat."

Paschitsch definierte dann die notwendige nächste Balkanpolitik folgendermaßen:

„1. Griechenland muß einen Konflikt mit der Türkei vermeiden. . . ."

„2. Das zweite Mittel, den Frieden zu erhalten, ist, daß der Türkei und Bulgarien keine Anleihe bewilligt wird, bevor alle aus dem Krieg entstandenen Fragen gelöst sind."

„3. Daß alle Großmächte mit geringen Truppenkontingenten Albanien okkupieren, Ordnung schaffen und den Frieden erhalten."

„4. Das vierte Mittel wäre, Rumänien zu bewegen, entschiedener auf unsere Seite zu treten, und der Türkei und Bulgarien zu erklären, es könne nicht neutral bleiben, wenn an dem Frieden gerüttelt wird und die Bukarester Friedensschlüsse in Frage gestellt werden."

Dies das Programm Paschitschs. An der Erhaltung des Bukarester Friedens waren in der Tat Serbien und Rumänien aufs stärkste interessiert. Dagegen waren Bulgarien und Österreich mit ihm höchst unzufrieden.

In welcher Weise wurde nun damals vom Zaren und von Paschitsch über Österreich gesprochen?

Sie erörterten die Aussicht auf eine Annäherung Rumäniens an Serbien und dabei bemerkt der Zar:

„In Österreich-Ungarn gibt es 3½ Millionen Rumänen, und diese wünschen die Vereinigung mit Rumänien; darauf sagte ich ihm, die Siebenbürger Rumänen seien bessere Nationalisten als die Rumänen in Rumänien, und König Carl hat mir erklärt, daß sich die öffentliche Meinung in Rumänien zugunsten einer Annäherung Rumäniens an die Balkanstaaten geändert habe."

Nach einigen Darlegungen über die Türkei und Albanien kam das Gespräch dann auf das Verhältnis Österreichs zu Bulgarien:

„Hierauf lenkte ich das Gespräch auf die Waffenlieferungen Österreichs an Bulgarien, daß nämlich Österreich aus seinen Magazinen Gewehre und Munition gegeben hat, und daß Bulgarien auch Kanonen erhielt. Wieder fügte der Zar hinzu, daß auch Deutschland Bulgarien unterstützt hat. Ich bat ihn, Rußland möge ebenfalls uns damit unterstützen, daß es uns aus seinen Magazinen 120 000 Gewehre und Munition liefert und einige wenige Kanonen."

Der Zar sagt, er werde sein möglichstes tun. Dann wendet er sich

zu Montenegro und Bulgarien. Schließlich kommen die beiden wieder auf Österreich zu sprechen:

„Ich erzählte dem Zaren, welcher Umschwung sich bei den Slawen in Österreich-Ungarn vollzogen hat, wie zahlreiche Starcewitsch-Anhänger, die früher das Heil von Österreich erwarteten, jetzt einsehen, daß ihnen dieses Heil nur von Rußland oder Serbien kommen könne, und daß sie die Gelegenheit kaum erwarten könnten, ihre Wünsche erfüllt zu sehen, und dann sagte ich ihm, daß wir ebenso viele Soldaten aus jenen Ländern bekommen würden, als wir Gewehre haben werden."

Auch der Zar selbst behauptete, daß Österreich die Slawen schlecht behandle, führte den ungarisch-russischen Prozeß an*, und bemitleidete jenen unglücklichen Teil des russischen Volkes, der wegen seines Glaubens Verfolgungen erduldet. Wenn Österreich mit seiner antislawischen Politik nicht aufhört, so werde das kein gutes Ende nehmen."

Der Zar fragte noch, wie viele Soldaten Serbien stellen könne, und die Unterredung schloß mit dem Vorbringen der Werbung des serbischen Kronprinzen um eine Tochter des Zaren.

Paschitsch gebrauchte dabei folgende Wendung, die Delbrück an anderer Stelle als besonders gravierend bezeichnet:

„Wenn es uns beschieden ist, eine Tochter des Kaisers von Rußland zur Königin zu haben, dann wird sie die Sympathie des ganzen serbischen Volkes genießen, und sie kann, wenn Gott und die Verhältnisse es zulassen, die Zarin des südslawischen, serbischen, kroatischen Volkes werden. Ihr Einfluß und ihr Glanz wird die ganze Balkanhalbinsel umfassen."

Ich habe alles das ausführlich wiedergegeben, da ich mit einem so mißtrauischen Kritiker zu tun habe, der gleich mit der Beschuldigung bei der Hand ist, jede Weglassung, die ihm nicht paßt, sei einem infamen Motiv zuzuschreiben. Nun frage ich den unbefangenen Leser, wo in dem Bericht das „Komplott zur Zertrümmerung Österreich-Ungarns" zu finden ist, das dort angeblich „bis ins einzelnste enthüllt ist".

Ein Komplott ist doch ein Abkommen zu einer gemeinsamen Handlung. In der Tat schreibt Delbrück auf S. 9 „von dem schon verabredeten Krieg Serbiens, im Bunde mit Rußland und der Entente!" Von einer solchen Verabredung ist in dem Bericht mit keinem Wort die Rede.

Es ist richtig, die Unterredung bezeugt nicht sehr freundschaftliche Gefühle für Österreich; sie bezeugt Schadenfreude über die Schwierigkeiten, die diesem Staat aus seinen nationalen Verhältnissen erwachsen und die Absicht, eventuelle Verlegenheiten der österreichischen Monarchie auszunützen; der Zar erwartet kein gutes Ende für Österreich, wenn seine antislawische Politik nicht aufhört. Beide rechnen auf Österreichs Zerfall und die Verwirklichung des nationalen Sehnens der Serben. Aber alles das ist noch kein „Komplott". Dagegen hat uns Giolitti gezeigt, daß erst kurz vorher Österreich gegen Serbien zu komplottieren

* Der Zar hatte hier einen Hochverratsprozeß im Auge, der in Marmaros-Sziget (Ungarn) gegen 181 Angeklagte am 29. Dezember 1913 begann und am 3. März 1914 mit der Verurteilung von 32 Angeklagten endete. K. K.

suchte und es lag nicht an der österreichischen Regierung, wenn es nicht gelang.

Oder soll das Komplott darin zu finden sein, daß Paschitsch den Zaren um Gewehre und Kanonen ersucht? Aber dann hätte ja auch Österreich sich eines Komplotts mit Bulgarien „zur Zertrümmerung Serbiens" durch Waffenlieferungen schuldig gemacht.

Als ein Komplott, wie es Delbrück hier im Auge hat, eine „Verabredung zum Krieg" konnte man z. B. das Kriegsbündnis bezeichnen, das Bismarck mit Italien im April 1866 abschloß, und das eine Verabredung der beiden zum Krieg gegen Österreich darstellte.

Eine solche Verabredung und also ein „Komplott" bildete auch das Abkommen, das am 5. Juli 1914 zwischen Deutschland und Österreich über den Krieg gegen Serbien getroffen wurde. Da handelte es sich um eine bestimmte Vereinbarung zum Zweck eines kriegerischen Angriffs auf einen Nachbar.

Der Bericht Paschitschs enthält nichts Derartiges. Was er „enthüllt", ist die allbekannte Tatsache, daß Serbien der Schützling Rußlands war, daß jeder, der Serbien den Krieg erklärte, damit rechnen mußte, Rußland herauszufordern, daß die Idee einer „Lokalisierung" des Kriegs gegen Serbien eine Absurdität war. Diese Tatsache habe ich nicht nur nicht verschwiegen, ich mache es vielmehr der von Delbrück verteidigten Regierung zum stärksten Vorwurf, daß sie blind dafür war.

Wir werden freilich später sehen, daß es Leute gibt, die selbst heute noch sich dieser Blindheit befleißigen. Derselbe Delbrück, der überzeugt ist, es habe ein „Komplott" zwischen Rußland und Serbien bestanden, meint, der Krieg Österreichs gegen Serbien wenige Monate nach Paschitschs Brautwerbung sei das einzig mögliche Mittel gewesen, Rußland ruhig zu halten.

b) Das russische Protokoll.

Delbrück spricht dann noch von den „russischen Ministerprotokollen", die uns das „russisch-serbische Komplott zum Zwecke der Zertrümmerung Österreichs" bis ins einzelnste enthüllen. Er führt das nicht weiter aus, sondern verweist uns auf das Juliheft der „Preußischen Jahrbücher" von 1919. Dort aber finden wir auch nur ein paar Zeilen über

„verschiedene russische Ministerprotokolle aus dem Februar und März, in denen festgestellt wird, daß es die historische Aufgabe Rußlands sei, die Herrschaft über die Meerengen zu gewinnen, daß diese Aufgabe nur im Zusammenhange mit einem großen europäischen Kriege zu lösen sei, und daß Rußland dabei auf die Hilfe Serbiens rechne."

Diese Wiedergabe ist nicht ganz genau. So handelt es sich hier z. B. in Wirklichkeit nicht um „verschiedene Ministerprotokolle aus dem Februar und März", sondern um das Protokoll eines Ministerrats, der am 21. Februar (nach dem russischen), das heißt am

6. März unseres Kalenders abgehalten wurde. Er ist im deutschen Weißbuch vom Juni 1919, das alle diese Dokumente bringt, falsch als Protokoll vom 21. Februar/3. März datiert. Daraus macht Professor Delbrück „verschiedene Protokolle aus dem Februar und März."

Das Versehen ist nebensächlich; ich verzeichne es, weil derselbe Professor, dem es passiert, mir die Ungenauigkeit meiner Daten vorwirft. Mit welchem Recht, werden wir noch sehen.*

Und nun zum Inhalt des Protokolls. Ihm wird eine Denkschrift vorausgesandt, die mit den Worten beginnt:

„Die gegenwärtige Lage im nahen Osten, die in näherer oder fernerer Zukunft zur Auflösung der Türkei führen kann, macht es uns zur Pflicht, erstens schon heute die Möglichkeit ins Auge zu fassen, daß die Frage der Meerengen aufgerollt werden wird, und zweitens unser Verhalten zu derselben zu bestimmen."

Über den Standpunkt Sasanoffs heißt es dann im Protokoll:

„Obgleich der Minister des Äußeren im gegenwärtigen Moment erhebliche politische Verwicklungen für wenig wahrscheinlich hält, meint er, daß man trotzdem selbst in der nächsten Zukunft für die Erhaltung des gegenwärtigen Zustandes im nahen Osten keine Gewähr übernehmen könne. Dabei drückt S. D. Sasanoff die feste Überzeugung aus, daß, falls kraft der Ereignisse die Meerengen der Herrschaft der Türkei entzogen werden sollten, Rußland nicht zulassen könne, daß sich an ihren Ufern irgendeine andere Macht festsetze, und daß es deshalb vielleicht gezwungen werden könnte, die Meerengen zu besetzen."

Die weiteren Verhandlungen gelten hauptsächlich der Frage, welches die militärischen Bedingungen der Besetzung sein würden. Dabei ist nur einmal von Serbien die Rede:

„Auf die Frage, ob wir nicht auf die Unterstützung Serbiens rechnen dürfen, antwortet S. D. Sasanoff, daß man nicht voraussetzen kann, daß unsere Aktion gegen die Meerengen außerhalb eines europäischen Krieges unternommen werden könnte. Man muß annehmen, daß unter solchen Umständen Serbien gezwungen sein wird, seine gesamte Macht gegen Österreich-Ungarn zu werfen."

Das heißt, daß es die Aktion gegen die Türkei nicht unterstützen kann.

Der Chef des Generalstabs fügt dann hinzu, daß im Falle eines Krieges zwischen Rußland und Österreich Serbien vier bis fünf österreichische Armeekorps beschäftigen werde.

Das ist alles, aber auch alles Material, auf das sich Delbrück beruft, weil es uns, nach seiner Meinung, das russisch-serbische Komplott zur Zertrümmerung Österreichs „bis ins einzelnste enthüllt."

In dem russischen Ministerprotokoll vom 21. Februar 1914 handelt es sich um Maßregeln für den Fall der Auflösung der Türkei, nicht Österreichs. Es wird angenommen, daß man zur Besetzung der Meerengen nur im Verlaufe eines europäischen Krieges kommen werde.

* Nach dem Bericht Sasanoffs an den Zaren hätte der Ministerrat, wie im Weißbuch angegeben, am 8./21. Februar stattgefunden. Danach käme der 21. Februar nicht alten, sondern neuen Stils in Betracht. Das würde eine sehr liederliche Redaktion des Weißbuchs anzeigen.

Mit der Möglichkeit eines solchen rechneten die Russen damals wie alle Welt.

Delbrücks Deutung dieses Protokolls erinnert etwas an die Deutung der Brüsseler Dokumente während des letzten Krieges. Die Deutschen hatten nach der Besetzung Brüssels, 1914, im Archiv des belgischen Kriegsministers Aufzeichnungen gefunden von Besprechungen zwischen belgischen und englischen Offizieren über Maßnahmen, die notwendig werden könnten für den Fall, daß in einem Kriege, den man befürchtete, Deutschland die belgische Neutralität verletze und in Belgien einmarschiere.

Es machte in der ganzen Welt außerhalb Dentschlands sehr böses Blut, daß die deutsche Regierung durch die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" vom 25. November 1914 und dann in einem Weißbuch erklärte, diese Besprechungen lieferten den Beweis dafür, „eine wie eingehende militärische Vorbereitung der englisch-belgische Kriegsplan gegen Deutschland erfahren hatte".

Trotz der allgemeinen moralischen Verurteilung, die diese Umdeutung einer Befürchtung in einen Kriegsplan erfahren hatte, verfährt Professor Delbrück hier in ähnlicher Weise. Aus der Erörterung von Maßnahmen, die für den Fall eines allgemein erwarteten europäischen Krieges gegenüber der Türkei notwendig werden könnten, macht er einen russisch-serbischen Kriegsplan gegen Österreich.

Aber nehmen wir an, die Besprechung jener Eventualitäten verriete bestimmte Absichten. Diese richteten sich gegen Konstantinopel. Wenn sie beunruhigend wirkten, mußten sie Italien und England nicht minder beunruhigen wie Deutschland und Österreich, es wäre denn, daß Deutschland beabsichtigte, sich in Konstantinopel festzusetzen. Wohl mußten Italien und England und selbst Frankreich dem Vormarsch Rußlands zu den Dardanellen widerstreben. Aber sie hätten ihn immer noch der Besetzung Konstantinopels durch das gewaltige Deutschland vorgezogen.

Hegte Deutschland nicht solche Pläne, dann war, sobald der Krieg zwischen den Mittelmächten und Rußland unvermeidlich wurde, deren Position am günstigsten dann, wenn er aus den russischen Appetiten nach Konstantinopel entsprang. Denn in diesem Falle durften Deutschland und Österreich auf Italiens und Englands Sympathien, vielleicht sogar Hilfe rechnen.

Glaubten die wilhelminischen Politiker an die auf die Dardanellen gerichteten Gelüste Rußlands und hielten sie darob einen Krieg für geboten, dann war es völlig sinnlos, damit nicht zu warten, bis Rußlands Absichten sich demaskierten, sondern der Selbstenthüllung Rußlands durch Unterstützung der Vergewaltigungspolitik Österreichs gegenüber Serbien zuvorzukommen, und dadurch alle Welt gegen sich aufzubringen.

Noch weniger als Paschitschs Bericht bezeugt das russische Ministerprotokoll die „Verbindung" mit Serbien zu einem Krieg gegen Österreich. Noch mehr als jener läßt es eine Situation erkennen, in der man schon vom bloßen habsburgisch-hohenzollernschen Interessenstandpunkt aus nichts Einfältigeres tun konnte, als sich durch den Zufall der Schüsse von Serajewo zu einer Strafexpedition gegen Serbien fortreißen zu lassen.

Man sieht, wenn ich den Bericht Paschitschs und das russische Ministerprotokoll „verschwieg", so geschah es nicht deshalb, weil sie nicht zu „meiner Tendenz stimmen", sondern einfach bloß deshalb, weil ihre Erörterung den Gang meiner Darstellung zu sehr aufhalten mußte, ohne daß sie an deren Charakter auch nur das geringste geändert hätte.

Ich sehe die Dinge einfach ganz anders als Delbrück. Die Leser mögen entscheiden, wer richtiger sieht. Auf jeden Fall bin ich nicht so schnell wie er bei der Hand, überall Komplotte und Unterschlagungen zu wittern und jeden Verdacht mit der professoralen Bestimmtheit der 93 als feststehende Tatsache in die Welt hinauszuposaunen.

c) Der Thronfolger.

Mit dieser einen Illustrierung meines „advokatischen Kunstgriffs", unbequeme Tatsachen zu verschweigen, ist Professor Delbrück nicht zufrieden. Er klagt mich an, ich hätte „ebenfalls sorglich verhehlt", daß der Erzherzog-Thronfolger die „Schikanenpolitik" gegenüber den Serben bekämpfte. Und doch sei dieser „vielleicht" gerade deshalb von den nationalistischen Fanatikern ermordet worden, die keine Aussöhnung wollten.

Auch hier muß ich die bedauernswerte Tatsache konstatieren, daß ich nicht zu sehen vermag, was Delbrück sieht.

Es ist richtig, daß das Verhältnis des Thronfolgers zu den größten Unterdrückern der Südslawen, den Ungarn, ein schlechtes war. Der fanatische Katholik und eifersüchtige Wahrer der Machtstellung des Monarchen kam schlecht aus mit dem zu einem großen Teil protestantischen Adel Ungarns, der es verstanden hatte, dem Absolutismus sehr unbequeme Schranken aufzuerlegen. Anderseits mußte Franz Ferdinand Sympathien empfinden für die gut katholischen Kroaten, die sich im Laufe des 19. Jahrhunderts stets als die getreueste Leibgarde der habsburgischen Dynastie bewährt und ihr 1848 die Krone gerettet hatten.

Sie erwarteten auch von dem wachsenden Einfluß, den Franz Ferdinand in den letzten zwei Jahrzehnten Franz Josefs auf die Staatsgeschäfte gewann, eine Verbesserung ihrer Lage, eine Milderung der Unterdrückung, die sie von den Ungarn erfuhren. Darin sahen sie sich jedoch betrogen. Ihre Lage wurde nicht besser, sondern schlechter. In ihren Hoffnungen auf den Thronfolger sahen sie sich grausam enttäuscht. Das, was Professor Delbrück so milde eine „Schikanenpolitik" nennt, nahm in Kroatien kurz vor dem Attentat von Serajewo die schlimmsten

Formen schrankenloser Willkürherrschaft an. Am 3. April 1912 wurde die kroatische Verfassung suspendiert, der Landtag nach Hause geschickt, alle politischen Rechte aufgehoben, der Banus Cuvaj zum Diktator ernannt. Die Konsequenz war eine Serie von Attentaten in Agram auf ihn und dann auf seinen Nachfolger, Baron Skerlecz. Es folgten einander am 8. Juni 1912 Jukitsch, am 18. August 1913 Dojtschitsch, am 20. Mai 1914 Jakob Schäfer. Entsprangen diese Attentate auch der Furcht, die Herren Diktatoren könnten zu versöhnlich wirken?

Wurde so schon mit den loyalen katholischen Kroaten umgesprungen, wie dann erst mit den widerhaarigen Serben, die, abgesehen von den katholischen Dalmatinern, griechisch-orthodoxe „Ketzer" sind! Und schon gar erst mit den Serben außerhalb der Monarchie!

Die österreichischen Agrarier haßten die serbische Konkurrenz, die österreichischen Imperialisten, die nach Saloniki schielten, sahen in einem selbständigen Serbien ein Hindernis, das um jeden Preis zu beseitigen war. Die Agrarier wie die Imperialisten aber fanden einen tatkräftigen Führer im Thronfolger.

Ährenthal wurde 1906 Minister des Äußeren als Vertrauensmann des Thronfolgers. Mit ihm setzte eine aktive äußere Politik der Monarchie ein, die sich in erster Linie gegen Serbien richtete. Durch sie wurde das serbische Volk in einer Weise mißhandelt — „schikaniert" würde Delbrück sagen —, daß der großserbische Gedanke, der zunächst nur einen kleinen Kreis von Intellektuellen beherrschte, als Rettung vor dem verhaßten Österreich selbst die Bauernschaft ergriff.

Auf die Gefahr, die für den Weltfrieden aus dieser Politik Österreichs erwuchs, wies ich schon im März 1909, zur Zeit der durch die Annexion Bosniens erzeugten Krise, in einem Artikel der „Neuen Zeit" über „Österreich und Serbien" hin (XXVII, I. S. 860 ff.), in dem ich gegen jene Politiker polemisierte, „die ihr Wissen von den Balkanvölkern bei den Gelehrten des ‚Simplizissimus' holen". Ich sagte dort unter anderem:

„Die agrarische Politik Österreich-Ungarns hat daher das Streben, die geographische Position gegenüber Serbien dahin zu benutzen, diesem Ländchen nicht nur die Ausfuhr nach Österreich, sondern auch die Durchfuhr durch Österreich möglichst zu erschweren, die serbische Konkurrenz nicht bloß auf dem inneren Markte Österreichs, sondern auch auf dem Weltmarkt möglichst auszuschalten. Gerade in den letzten Jahren führte das zu Zollkriegen, die Serbien an den Rand des Bankerotts brachten und ihm den Mut der Verzweiflung des Bankrottierers einflößten, der alles auf eine Karte setzt, weil er nur noch zu gewinnen, nichts zu verlieren hat.

In der Tat ist für Serbien jeder ökonomische Aufschwung ausgeschlossen, wenn es auf seine eigenen Grenzen beschränkt bleibt und die Herrschaft der Agrarier in Österreich nicht gebrochen wird."

Doch nicht nur ökonomisch mißhandelte die von Franz Ferdinand geförderte Politik die Serben aufs furchtbarste. Sie mißhandelte diese auch moralisch — in Österreich und außerhalb Österreichs. Nur ein Beispiel dafür:

Gleichzeitig mit dem eben zitierten Artikel, den ich in Berlin veröffentlichte, erschien in der Wiener „Neuen Freien Presse" ein Artikel des sicher auch von Professor Delbrück als Historiker anerkannten Heinrich Friedjung, in dem er Abgeordnete des kroatischen Landtags wegen landesverräterischer Beziehungen zur serbischen Regierung denunzierte. In dem Prozeß, den die Beschuldigten anstrengten, erwiesen sich die belastenden Dokumente als gefälscht.

Aber nicht genug damit. Masaryk, wieder ein Professor, den Delbrück wohl anerkennen wird, erbrachte den Beweis, daß die Dokumente in der Belgrader österreichischen Gesandtschaft unter der Ägide des Gesandten Graf Forgach gefälscht wurden*. Dabei war vor Gericht festgestellt worden, daß diese Dokumente dem Thronfolger vorgelegt wurden, ehe das Ministerium des Äußeren sie Friedjung zur Benutzung auslieferte.

Nachdem die Beziehung Forgachs zur Fälschung nachgewiesen war, sollte man annehmen, daß er für den Thronfolger ebenso unmöglich wurde, wie in Serbien. Statt dessen wurde er belohnt, als er Belgrad verlassen mußte. Zur Zeit des Attentats auf den Thronfolger finden wir ihn in Wien im Ministerium des Äußern als Sektionschef, als rechte Hand des Ministers, der ihn in seiner Abwesenheit vertritt, und als seinen Ratgeber speziell in serbischen Dingen.

Durch die Züchtung solcher Elemente und Methoden bezeigte Franz Ferdinand die versöhnlichen Absichten, die er den Serben gegenüber hegte. Und Delbrück erscheinen diese Absichten so offenkundig und selbstverständlich, daß er es als eine gemeine Fälschung erklärt, wenn ich von dem serbisch-österreichischen Konflikt rede, ohne auf sie hinzuweisen.

Geradezu köstlich ist es, wenn der Herr Professor hinzufügt: „Vielleicht" sei der Thronfolger gerade wegen seiner versöhnlichen Absichten ermordet worden.

Dieses „Vielleicht" könnte einen an dem Historiker Delbrück irre machen, denn es beweist, daß er keine einzige Tatsache kennt, die jene Auffassung auch nur wahrscheinlich machen würde. Es zeigt uns, daß wir es hier nicht mit dem Historiker, sondern dem Politiker zu tun haben, den sein kritisches Vermögen gegenüber den Vertretern der eigenen Partei leicht in Stich läßt, und der ohne langes Besinnen und ohne jede tatsächliche Unterlage geneigt ist, von seinem Gegner das Schlimmste zu glauben und zu behaupten, seien es nun serbische „Fürstenmörder" oder ein „sozialdemokratischer Journalist".

---

* Vgl. z. B. Masaryk, Vasic-Forgach-Achrenthal, Einiges Material zur Kennzeichnung unserer Diplomatie. Prag 1911.

3. Die Mobilisierungen.

a) Die Reihenfolge der Mobilisierungen.

Delbrück begnügt sich nicht damit, mir durch die Beschuldigung bewußter Fälschung die Ehre abzuschneiden, zur größeren Ehre Franz Ferdinands und Berchtolds. Er muß mich auch als elenden Stümper und Ignoranten entlarven:

„Ist nun etwa dieser strenge Sittenrichter wenigstens sorgsam und zuverlässig in seinen tatsächlichen Angaben? Ist der selbstbewußte Dialektiker Kautsky auch der strenge Logiker, für den er sich hält? Hat der Historiker Kautsky sich die Mühe gegeben, auch nur die gedruckt vorliegende Literatur so zu studieren und sich zu eigen zu machen, wie man es von einem Quellenforscher verlangt?

Eine der wichtigsten Fragen ist der Zeitpunkt der russischen Gesamtmobilmachung und ihr Verhältnis zu der österreichischen. Seit Monaten ist bekannt, daß die russische Gesamtmobilmachung am 29. Juli beschlossen, am Abend des 30. Juli befohlen worden ist, am Morgen des 31. Juli an allen Straßenecken Petersburgs angeschlagen war. Die österreichische Gesamtmobilmachung aber ist, wie wir jetzt aus der amtlichen österreichischen Publikation mit aller wünschenswerten Genauigkeit wissen, am 31. Juli, mittags 12 Uhr 23 Minuten, aus der Militärkanzlei des Monarchen im Kriegsministerium und beim Chef der Generalstabs eingelaufen und dann ausgegeben worden. Kautsky aber (S. 135) läßt die beiden Mobilmachungen ‚gleichzeitig'* erfolgen. Daß es die Pflicht des Historikers ist, in solchen Aussagen exakt zu sein und die urkundlichen Beweisstücke heranzuziehen, scheint ihm noch nicht aufgegangen zu sein, und auch bei den voraufgehenden Teilmobolisierungen liegt es ihm fern, zu erwähnen, daß es die Serben waren, die zuerst mobilisierten 25. Juli, nachmittags 3 Uhr." (S. 16.)

Es folgt noch einiges über die Anzahl der hüben und drüben mobilisierten Divisionen, was nicht mehr in Betracht kommt, wenn das eben Zitierte erledigt ist.

In einem hat Delbrück recht. Die genaue Angabe von Stunde und Minute der einzelnen Mobilisierungen ist eine unverzeihliche Nachlässigkeit, wenn es richtig ist, was er sagt:

„Eine der wichtigsten Fragen ist der Zeitpunkt der russischen Mobilisierung und ihr Verhältnis zu der österreichischen."

Er vergißt nur die Kleinigkeit, daß man auch in dieser Frage anderer Meinung sein kann als er. Delbrück und seine Gesinnungsgenossen in der Frage der Entstehung des Krieges behaupten, nicht die Abmachungen vom 5. Juli in Potsdam, nicht das österreichische Ultimatum vom 23. Juli, sondern die Mobilisierungen der Serben und Russen hätten den Krieg herbeigeführt, denn diese seien den andern Mächten damit vorangegangen.

Was will man aber damit sagen, wenn man solches Gewicht auf die Reihenfolge der Mobilisierungen legt? Offenbar, daß die Mobilisierung der einen die der andern hervorgerufen hat, daß das post hoc auch ein propter hoc ist. Sonst wäre es doch höchst gleichgültig, ob die eine ein paar Stunden früher oder später verkündigt wurde als die

* Von Delbrück unterstrichen.

andere. Professorale Akribie ist sehr schön, aber doch nur am richtigen Ort. Wo es am Platz ist, habe auch ich in meinem Buch über den Krieg die Stunden und sogar Minuten der einzelnen Ereignisse genau angegeben, wie meine Darstellung der Vorgänge beweist, die mit der Kriegserklärung an Rußland zusammenhängen. Denselben Vorwurf, den Delbrück jetzt gegen mich erhebt in bezug auf die Vernachlässigung genauer Zeitangaben, den erhebe ich dort gegen die offizielle Denkschrift vom 3. August 1914, allerdings in schärferer Form, denn ich weise dieser, dem Reichstag an jenem verhängnisvollen Tag vorgelegten Darstellung der Regierung nach, daß sie nicht bloß unterläßt, für die Vorgänge vom 1. August genaue Daten zu geben, sondern daß sie diese Unterlassung a b s i c h t l i c h begeht, um die Aufeinanderfolge der Vorkommnisse durcheinanderzubringen und den falschen Eindruck hervorzurufen, Rußland habe die kriegerische Aktion begonnen.

In bezug auf die vor dem 1. August vollzogenen Mobilisierungen liegt der umgekehrte Fall vor. Man bekommt einen falschen Eindruck, wenn man bei ihrer Darstellung nur ihre Aufeinanderfolge nach Stunden in Betracht zieht.

Das zeigt sich sofort, wenn man die Genauigkeit, die Professor Delbrück verlangt, über die bloße Reihenfolge der Verkündigung der Mobilisierungen hinaus erstreckt.

Am 24. Juli, nachts 12 Uhr, meldet der Chef des österreichischen Generalstabs dem Grafen Berchtold:

„Ich erhielt soeben die telegraphische Meldung, daß in Schabatz heut 4 Uhr nachmittags die Mobilisierung proklamiert wurde. . . . Serbien scheint also das Ultimatum mit der Mobilisierung zu beantworten.

Dies erfordert unserseits sofortiges Handeln, und erachte ich dafür, daß auch unserseits die Mobilisierung sofort, also nicht am 26., sondern schon am 25. befohlen werde."

Was zeigt uns das Telegramm? Daß die Österreicher, ehe sie noch wußten, wie die Serben antworten würden, die Absicht gehegt hatten, am Tage nach Ablauf des Ultimatums, am 26. zu mobilisieren. Als sie aber die Nachricht erhielten, daß die Serben bereits am 24. die Mobilmachung verkündet hätten, begannen sie mit der Mobilmachung schon am 25. „abends", wie Groß sagt (Das Wiener Kabinett usw., S. 217), ohne die Stunde zu nennen, so daß er sich hier einer sträflichen Unterlassung schuldig macht.

Die Nachricht aus Schabatz war jedoch eine der vielen Tatarennachrichten gewesen, die damals den Krieg einleiteten und von den regierenden und kommandierenden Herrschaften ohne jede Nachprüfung für bare Münze genommen wurden.

Nach einer telephonischen Mitteilung des österreichischen Gesandten, Freiherrn von Giesl, der am 25. Juli um 6 Uhr Belgrad verlassen und sich nach Semlin begeben hatte, war die Mobilisation in Serbien erst am gleichen Tage, am 25. Juli um 3 Uhr nachmittags angeordnet worden. Diese Mitteilung wurde nach Wien um 7 Uhr 45 Minuten

abends abgegeben, also ungefähr um die Zeit, in der die österreichische Mobilisierung gegen Serbien angeordnet wurde.

Diese Mobilisierung ist also nicht durch die serbische veranlaßt worden. Wie kommt da Herr Professor Delbrück dazu, mir Pflichtvergessenheit, Schlamperei, Unwissenheit und was sonst noch vorzuwerfen, weil ich nicht darauf hinweise, daß „die Serben es waren, die zuerst mobilisierten".? Der Zeitpunkt der serbischen Mobilisierung hat damals nicht den geringsten Einfluß auf den Gang der Ereignisse geübt.

Und nicht besser wie mit der serbischen steht es mit der russischen Mobilisierung in ihrem Verhältnis zur österreichischen.

Ich sage in meinem Buche, daß die Mobilisierung „in Rußland und Österreich fast gleichzeitig erfolgte, am 31. Juli".

Der auf meine „Akribie" so erpichte Professor Delbrück gestattet sich in seinem Zitat das „fast" wegzulassen und mich von völliger Gleichzeitigkeit sprechen zu lassen, die er noch dazu im Druck besonders hervorhebt. Aber ich will darüber nicht in tugendhafte Entrüstung geraten.

Delbrück weist nun darauf hin, daß die russische Gesamtmobilisierung am Morgen des 31. Juli in Petersburg an allen Straßenecken angeschlagen, indes die österreichische in Wien erst mittags um 12 Uhr 23 Minuten „ausgegeben" wurde.

Will Professor Delbrück, indem er auf diese Zeitangaben hinweist, behaupten, die österreichische Gesamtmobilmachung sei durch die russische hervorgerufen worden?

Am 30. Juli, 7 Uhr 40 Minuten abends, telegraphierte der österreichische Botschafter in Berlin an den Grafen Berchtold:

„K. u. k. Militärattaché hat soeben über eine sehr wichtige Unterredung mit deutschem Generalstabschef an Baron Conrad Telegramm abgesandt, laut welchem Graft Moltke uns dringend die sofortige allgemeine Mobilmachung anrät."

Am nächsten Tag, morgens um acht Uhr, antwortet der österreichische Minister dem Grafen Szögyény:

„Freiherr v. Conrad telegraphiert gleichzeitig — in Beantwortung einer Anfrage — an den Chef des deutschen Generalstabes:

‚Auf Grund allerhöchster Entscheidung ist Entschluß: Krieg gegen Serbien durchführen. Rest der Armee mobilisieren und in Galizien versammeln. Erster Mobilisierungstag 4. August. Mobilisierungsbefehl ergeht heute 31. Juli. Erbitte Bekanntgabe dortseitigen ersten Mobilisierungstages.'"

Man sieht, die Österreicher warteten nicht auf die Nachricht von der russischen Gesamtmobilisierung, um ihrerseits vorzugehn. Sie ordneten ihre Mobilisierung an, ehe sie noch von der russischen etwas wußten. Und am Tage, bevor die russische Gesamtmobilisierung angeordnet wurde, drängt schon der deutsche Generalstab den österreichischen, allgemein zu mobilisieren!

Diese beiden Telegramme zeigen uns übrigens auch noch, wie sehr

bereits die beiderseitigen Generalstabschefs Politik trieben. Die Festsetzung des Tages der Mobilisierung ist doch ein höchst politischer Akt, über den nicht die Generalstäbe, sondern die Minister sich untereinander zu verständigen hatten. Aber denen entglitten bereits die Zügel der Politik.

Wir sehen aus den Telegrammen auch, daß die Akten des Auswärtigen Amtes noch nicht die volle Wahrheit enthalten. Sie sind unvollständig ohne die des Generalstabs. Schon der Schlußsatz des Telegramms Conrads an Moltke gibt Raum zu sehr ernstlichen Vermutungen:

„Erbitte Bekanntgabe dortseitigen ersten Mobilisierungstages."

Diese Antwort auf das Telegramm Moltkes vom 30. Juli kann doch nur dahin verstanden werden, daß der deutsche Generalstab schon an diesem Tage beschlossen hatte, zu mobilisieren.

Um aber auf die russische Gesamtmobilisierung zurückzukommen, so frage ich angesichts der vorgeführten Tatsachen wiederum, wie bei der serbischen Mobilisierung, welchen Zweck es gehabt hätte, wenn ich die genaue zeitliche Aufeinanderfolge der verschiedenen Mobilisierungen angegeben hätte? Sie hätte direkt irregeführt, wenn sie nicht begleitet war von einer Darstellung der Vorgeschichte jeder einzelnen Mobilisierung. Gab ich aber eine solche Darstellung, dann zeigte es sich, daß jede der beiden in Rede stehenden österreichischen Mobilisierungen völlig unabhängig einmal von der serbischen, dann von der russischen angeordnet wurde, daß sie nicht das Ergebnis dieser Mobilisierungen, sondern der allgemeinen Situation waren, die nicht der Initiative Serbiens und nicht der Rußlands, sondern der Österreichs, das von Deutschland gestützt wurde, entsprang.

Das ostentative Hervorheben der Zeitfolge der Mobilisierungen kann nur dem Zweck dienen, die Aufmerksamkeit von dieser unleugbaren und für das Verständnis der Schuld am Kriege entscheidenden Tatsache abzulenken.

Mich zu bewegen, daß ich dabei mitwirke, wird Delbrück auf keinen Fall gelingen, auch wenn er ganze Kübel professoraler Beschimpfungen über mich ergießt.

b) Defensive Mobilisierung.

Delbrücks wissenschaftliche Großtat in seiner „Geschichte der Kriegskunst" besteht darin, das er das Kriegswesen nicht als isolierte Tatsache behandelt, sondern es in Zusammenhang mit der ganzen politischen Entwicklung, wenn auch noch nicht der ganzen ökonomischen, bringt. In seiner Polemik gegen mich aber, als Politiker, macht er wieder einen Schritt rückwärts und hantiert mit der zeitlichen Reihenfolge der Mobilisierungen als isolierter Erscheinung, ohne ihren Zusammenhang mit der Gesamtheit der Vorgänge zu beachten.

Nur so konnte er Gewicht darauf legen, daß die Serben es waren, die zuerst mobilisierten.

Wie, hatten Deutschland und Österreich sich nicht vorher dahin verständigt, daß den Serben der Krieg um jeden Preis zu erklären sei? War nicht das Ultimatum in einer Weise gefaßt, die deutlich die Absicht Österreichs erkennen ließ, gegen Serbien sofort kriegerisch vorzugehen?

Telegraphierte nicht Graf Szögyény an den Grafen Berchtold am 25. Juli, 2 Uhr 12 Min. von Berlin:

„Man sieht hier in jeder Verzögerung des Beginns der kriegerischen Operationen große Gefahr betreffs Einmischung anderer Mächte. Man rät uns dringend, sofort vorzugehen und die Welt vor ein fait accompli zu stellen."

Was soll angesichts dieser Tatsachen der Hinweis darauf, daß Serbien zuerst mobilisiert habe?

Sah man damals nicht schon deutlich, daß die Österreicher Serbien mit Krieg überziehen wollten? Und wenn es zu dieser Erkenntnis kam, mußte es sich nicht rechtzeitig darauf vorbereiten? Eine Mobilisierung braucht doch nicht aggressiven Zwecken zu entsprechen, sie kann auch defensiver Natur sein. Und die serbische war sicher dieser Art.

Am 25. Juli um 1 Uhr mittags telegraphierte Giesl aus Belgrad nach Wien:

„Garnison hat in Feldausrüstung Stadt verlassen. Munitionsdepots der Festung wurden evakuiert. . . Die Sanitätskolonnen haben Belgrad in der Richtung nach Süden verlassen."

Man sieht, die Serben fürchteten einen Überfall durch Österreich, sie zogen ihre Truppen und ihr Kriegsmaterial ins Innere des Landes zurück, noch ehe sie die Mobilisierung verkündeten. Sie hatte also einen ausgesprochen defensiven Charakter.

Diese Tatsache wird in ihr Gegenteil verkehrt, wenn man mit Nachdruck darauf hinweist, daß die Serben es waren, die zuerst mobilisierten.

Und was ging der russischen Mobilisierung voraus?

Zuerst das Ultimatum vom 23. Juli, das schon deutlich Österreichs kriegerische Absichten verriet, Absichten, die es nicht hegen konnte, wenn es nicht der Unterstützung Deutschlands sicher war. Dazu kam die kurze Frist, die für die Antwort gegeben war und die jedes Verhandeln ausschloß. Österreich lehnte jede Verlängerung der Frist ab und wurde auch dabei von Deutschland unterstützt. Ebenso weigerte sich Deutschland, die ersten Vermittlungsvorschläge Greys zu befürworten.

In dem Elaborat der vier „unabhängigen Deutschen", das Professor Delbrück mitverfaßt, wird zugestanden:

„Die Berliner Regierung hat in dem Bestreben, den Streit zwischen Serbien und Österreich auch diplomatisch zu lokalisieren, anfänglich zu den insbesondere von englischer Seite gemachten Vermittlungsvorschlägen sich ablehnend verhalten."

Die Berliner Regierung tat auch keine erkennbaren Schritte, um den Bundesgenossen, mit dem sie sich solidarisch erklärte, daran zu hindern, Serbien am 28. Juli den Krieg zu erklären und am 29. und 30. Juli Belgrad zu bombardieren.

Daß man in Rußland in alledem Provokationen sah, die den Willen

nicht nur Österreichs, sondern auch Deutschlands zum Kriege verrieten und daß man daraufhin es für ein Gebot der Vorsicht hielt, zu mobilisieren, ist sicher sehr begreiflich.

Die vier unabhängigen Deutschen erklären im Weißbuch vom Juni 1919 (S. 51), die österreichische Gesamtmobilisierung war „nicht eine aggressive Bedrohung, sondern eine rein defensive Sicherheitsmaßnahme."

In dem gleichen Sinne kann man aber auch die russische Mobilmachung auffassen. Rußland konnte sich nach dem ganzen Vorgehen nicht nur Österreichs, sondern auch Deutschlands mit Fug von beiden Seiten bedroht fühlen. Von dem, übrigens sehr schwächlichen Druck, den Deutschland auf Österreich übte, erfuhr niemand etwas, dagegen war die Unterstützung der österreichischen Provokationen durch Deutschland offenkundig. Wenn dieses in Wirklichkeit nicht so kriegslustig war, wie es nach außen erschien, so wird damit nicht die defensive Absicht der russischen Regierung in jenem Moment widerlegt, sondern nur die Unfähigkeit der deutschen Staatskunst bekundet.

Die Nachrichten aus Rußland selbst wiesen darauf hin, daß die dortige Mobilisierung nicht aggressiver Natur sei.

Schon über die Teilmobilisierung telegraphierte der deutsche Militärbevollmächtigte Chelius aus Petersburg am 30. Juli:

„Bezüglich der Mobilmachung sagten mir höhere Offiziere . . ., in Rußland sei zwischen dem Beginn der Mobilisierung und dem Anfang des Krieges ein großer Schritt, der noch zur friedlichen Auseinandersetzung benutzt werden könnte.

Ich habe den Eindruck, daß man hier aus Angst vor kommenden Ereignissen mobilisiert hat, ohne aggressive Absichten, und erschreckt ist darüber, was man angerichtet hat."

Der österreichische Botschafter in Petersburg, Graf Szapary, berichtet am 30. Juli über Sasanoffs Taktik:

„Minister scheut den Krieg ebenso wie sein kaiserlicher Herr und sucht, ohne aus unserem serbischen Feldzug sofortige Konsequenz zu ziehen, uns die Früchte desselben, wenn möglich, ohne Krieg streitig zu machen; sollte es aber zum Kriege kommen, in denselben besser als jetzt gerüstet einzutreten. . . Wollte aber Österreich-Ungarn und Deutschland aus der russischen Mobilisierung schon jetzt die Konsequenzen ableiten und einen militärischen Vorsprung Rußlands nicht aufkommen lassen, stände das friedfertige Rußland als angegriffen da und hätte mehr Aussicht, auf diese Weise Frankreich und vielleicht sogar England mitzureißen, und unsere günstige moralische und militärische Situation in Europa würde geschädigt, Rußland umgeht die Klemme, die sich aus der Berechtigung unseres Vorgehens gegen Serbien ergibt, und wäre doch in der Lage, vielleicht sogar ohne Krieg zu führen, seine Balkaninteressen zu wahren."

Also auch diese Auffasssung sieht in der russischen Mobilmachung nicht, wie Delbrück, die Absicht, „den Krieg zu entfesseln," sondern vielmehr die, wenn möglich, sich ohne Krieg zu behaupten. Allerdings schreibt Delbrück diese Absicht der Entfesselung erst der Gesamtmobilisierung zu. Aber auch nach dieser telegraphierte noch der deutsche Botschafter Pourtalès aus Petersburg, am 31. Juli, 7 Uhr abends:

„Aus Andeutungen des Hausministers und des Ministers des Innern entnehme ich, daß es der Kriegsminister und der Minister des Innern gewesen sind, welche

den Mobilmachungsbefehl durchgesetzt haben. *Ersterer ist von der Angst der Überraschungen beherrscht*, letzterer hat den Kaiser davon überzeugt, daß die innere Lage auf Entscheidung dränge."

Also Angst war nach der Ansicht deutscher Beobachter am russischen Hofe die Ursache der russischen Mobilisierungen.

Die vier unabhängigen Deutschen aber erklären einfach im Weißbuch vom Juni 1919:

„Ohne jede Spur einer Berechtigung führte die allgemeine russische Mobilmachung die Katastrophe herbei."

Ohne jede Spur einer Beweisführung wird dieser fundamentale Satz mit apodiktischer Sicherheit ausgesprochen.

c) Mobilisierung ist Krieg.

Das Absehen von jeder Beweisführung für die katastrophale Wirkung der russischen Mobilisierung wird nur dann erklärlich, wenn wir annehmen, daß die vier Autoren oder die unter ihnen für den obigen Satz Verantwortlichen es für eine selbstverständliche Maxime halten, daß Mobilisierung gleichbedeutend sei mit Krieg; freilich erstünde dann die Frage, warum gerade die russische und nicht die österreichische Mobilisierung gleichbedeutend sein mußte mit Krieg. Aber diese war in den Augen der vier eben „berechtigt" und die russische nicht.

Doch sehen wir davon ab. Betrachten wir bloß die Maxime selbst. Was sollen jene Unerleuchteten mit ihr anfangen, denen sie nicht eine Selbstverständlichkeit ist? Wo finden wir ihre Erläuterung und Begründung in dem Weißbuch?

Es macht einen Versuch der Begründung auf S. 40, 41. Es weist dort auf einen Satz in der russisch-französischen Militärkonvention vom 17. August 1892 und auf einen Ausspruch des Generals Boisdeffre hin, der einen Tag später dem Zaren erklärte, „die Mobilmachung sei soviel wie Kriegserklärung."

Sehen wir diese Sätze in ihrem Zusammenhange an. Rußland und Frankreich setzten in der Konvention von 1892 folgende Punkte fest, die wörtlich zitiert seien:

1. Wenn Frankreich durch Deutschland oder Italien mit Unterstützung Deutschlands *angegriffen wird*, so wird Rußland alle seine verfügbaren Kräfte zum Angriff auf Deutschland verwenden.

Wenn Rußland durch Deutschland oder durch Österreich mit Unterstützung Deutschlands *angegriffen wird*, so wird Frankreich alle seine verfügbaren Kräfte zum Kampf gegen Deutschland verwenden.

2. Falls die Streitkräfte des Dreibundes oder einer der Mächte des Dreibundes mobilisert werden sollen, werden Frankreich und Rußland auf die erste Nachricht von diesem Vorgang und ohne daß es eines vorhergehenden Einvernehmens bedürfte, unverzüglich und gleichzeitig die Gesamtheit ihrer Streitkräfte mobilmachen und sie so nahe als möglich an ihren Grenzen versammeln."

3. Die gegen Deutschland zu verwendenden verfügbaren Streitkräfte werden auf seiten Frankreichs 1 300 000 Mann, auf seiten Rußlands 700 000 bis 800 000 Mann betragen.

Diese Streitkräfte werden mit voller Kraft und größter Schnelligkeit den Kampf beginnen*, so daß Deutschland gleichzeitig im Osten und Westen zu kämpfen hat.

Auf diesen letzten Satz beruft sich die Denkschrift im Weißbuch, doch spricht er nirgends von einer Kriegserklärung. Der erste Paragraph der Konvention setzt voraus, daß Frankreich oder Rußland die Angegriffenen sind, der zweite geht von der Voraussetzung aus, daß eine der Mächte des Dreibunds mit der Mobilisierung vorausgeht. Im dritten wird von der Zahl der Streitkräfte und der Art ihrer Verwendung gesprochen: sobald der Krieg begonnen hat, sollen sie sofort die energischste Offensive ergreifen.

Das und nichts anderes steht in dem dritten Absatz. Wann der Krieg zu erklären ist, darüber wird kein Wort geäußert.

Aber vielleicht sagt uns General Boisdeffre etwas darüber? Er bemerkte doch zum Zaren, daß „die Mobilmachung die Kriegserklärung ist"? Das ist richtig, doch fuhr er fort:

„Mobilmachen heißt, den Nachbar zwingen, das gleiche zu tun; die Mobilmachung zieht die Konzentration der Streitkräfte nach sich.

Würde man das nicht tun, sondern es zulassen, daß eine Mililon Mann an der Grenze mobilisiert wird, ohne daß man gleichzeitig dasselbe vollzieht, so hieße das sich selbst jeder späteren Bewegungsfreiheit berauben und sich in die Lage eines Menschen versetzen, der, obwohl er ein Schießeisen in der Tasche hat, seinem Nachbar gestattet, ihm eine Pistole mit gespanntem Hahn an die Stirn zu setzen, ohne daß er selbst seine Waffe zieht."

In diesen Ausführungen versucht man vergebens nach einer Begründung der Notwendigkeit, gleichzeitig mit der Verkündung der Mobilisierung den Krieg zu erklären, wie es Deutschland am 1. August tat. Gezeigt wird nur die Notwendigkeit, selbst mit der Mobilisierung nicht zu zögern, wenn der Nachbar angefangen hat, zu mobilisieren.

Der Satz Boisdeffres, daß die Mobilmachung gleichbedeutend sei mit der Kriegserklärung, steht also als eine nicht begründete Äußerung da, wenn er wirklich besagen wollte, daß man mit der Mobilisierung auch gleichzeitig den Krieg zu erklären habe. Man kann sie aber auch in dem Sinne deuten, daß die Mobilmachung die Gefahr des Kriegsausbruchs erhöht.

Entscheidend ist jedenfalls die Fassung der Konvention und nicht die gesprächsweisen Äußerungen des Generals.

Die angezogenen Sätze der französisch-russischen Militärkonvention und Boisdeffres aus dem Jahre 1892 bringen für sich allein gar keinen Aufschluß über die Beziehungen zwischen Mobilisierung und Kriegserklärung.

---

* Französisch: Ces forces s'engageront à fond en toute diligence. Das Weißbuch übersetzt das mit „schleuniger Einsatz dieser Streitkräfte zu entscheidendem Kampfe." Das Wort à fond, das „vollständig" oder „gründlich" heißt, ist mit „entscheidend" übertrieben stark übersetzt.

Und das ist alles, was uns als Beweis dafür geboten wird, daß die Maxime, Mobilisierung bedeute Krieg, allgemein anerkannt war.

Aber selbst wenn Boisdeffres Satz so unzweideutig spräche, wie die Verfasser der Denkschrift im Weißbuch annehmen, wäre er nicht entscheidend.

Nicht Äußerungen aus dem Jahre 1892 kommen hier in Betracht, sondern die sehr bestimmte Praxis des Jahres 1914, und da finden wir, daß damals alle Mächte, außer Deutschland, den Satz ablehnten, daß Mobilisierung gleichbedeutend sei mit Krieg.

Sowohl Rußland wie Frankreich erklärten bei Verkündigung der Mobilisierung übereinstimmend, Mobilisierung sei für sie nicht gleichbedeutend mit Krieg. Sie wünschten die Verhandlungen fortzusetzen und zu einem friedlichen Ende zu führen.

Auch Wien gab eine ähnliche Erklärung ab, als es zur Gesamtmobilisierung schritt.

Also Deutschland stand mit seinem Satz, daß die Mobilisierung den Krieg bedeutet, im Juli 1914 ganz allein da.

Ehe man über die Berechtigung dieses Satzes urteilt, muß man sich klar sein darüber, was er bedeutet.

Man kann ihn als bloße Warnung auffassen. Als Hinweis darauf, daß jede Mobilisierung das gegenseitige Mißtrauen und die Kriegsgefahr enorm steigert. In diesem Sinne ist der Satz sehr richtig. Eben darum ist aber jede Politik eine Gefahr für den Frieden, die bei den Regierungen und Völkern das Gefühl allgemeiner Unsicherheit herbeiführt und daher Mobilisierungen veranlaßt. Ebensogut wie man sagen konnte, die Mobilisierung ist der Weltkrieg, konnte man sagen, das österreichische Ultimatum ist der Weltkrieg.

Aber so war der Satz 1914 auch nicht gemeint. Er sollte sagen, daß die Mobilisierung gleichbedeutend sei mit der Kriegserklärung, das heißt, daß ein Staat, der sich veranlaßt sehe, zu mobilisieren, damit auch schon den Krieg erkläre und erklären müsse.

Diese Maxime ist eine ausschließlich deutsche gewesen. Sie war es schließlich, die die Kriegserklärung an Rußland herbeiführte und so den Weltkrieg entzündete.

Sie ist keineswegs aus bloßem Übermut oder aus Rauflust geboren, sondern sie hat einen sehr realen Kern. Sie entsprang der Tatsache, daß kein Heer so wohl gerüstet war, so rasch zu mobilisieren vermochte, als das deutsche. Zahlenmäßig der vereinten Kraft seiner Nachbarn im Osten und Westen unterlegen, konnte es diesen Nachteil außer durch die Tüchtigkeit seines Heeres wenigstens im Anfang durch den Vorsprung wettmachen, den es in der Schnelligkeit der Versammlung seiner Kräfte vor ihnen voraus hatte.

Wenn der Krieg von zwei Fronten drohte, durfte daher die deutsche Armee nicht zögern, sie mußte unverzüglich losschlagen, sobald sie kriegsbereit war.

Ein furchtbarer Grundsatz, aber ein wohl verständlicher vom militärischen Standpunkt, und der wird der entscheidende, sobald es zum Mobilisieren kommt.

Professor Delbrück benutzt auch diesen Punkt, um mir meine bodenlose Unwissenheit vorzuwerfen. Er meint:

„Die ungeheure Schwierigkeit der Situation, in der sich die Zentralmächte befanden, bestand darin, daß, wenn ihr Plan, das serbische Problem durch Isolierung zu lösen, mißlang und Rußland zum Angriff schritt, sie dennoch diesen Angriff nicht abwarten durften, sondern, wenn sie sich nicht von vornherein verloren geben wollten, ihm entgegengehen mußten. Kautsky freilich kennt die Literatur so wenig, daß selbst dieser so viel behandelte Punkt ihm nicht klar geworden ist." (S. 22.)

Worauf ich mit der tröstlichen Versicherung antworten kann, mir sei wenigstens so viel klar geworden, daß in der Literatur über diesen Punkt, soweit ich sie kenne, große Unklarheit herrscht, deswegen, weil man bei der Behandlung der Mobilisierung unterschiedlos ihre verschiedenen Stadien durcheinanderwirft. Und bei Professor Delbrück finde ich auch diese — mit Respekt zu sagen — Konfusion.

Ich will hier ganz absehen davon, daß, wenn der Plan mißlang, „das serbische Problem durch Isolierung zu lösen", das heißt, Serbien niederzuschlagen, ohne daß sich jemand darin mischte, doch nicht damit schon jede Möglichkeit seiner friedlichen Lösung ausgeschaltet war. Österreich und Deutschland brauchten bloß auf den Vorschlag des Zaren zur Lösung des Problems durch das Haager Schiedsgericht einzugehen, und die Gefahr seines Angriffs war sofort beseitigt.

Aber sehen wir davon ab. Betrachten wir einmal bloß die Gefährdung Deutschlands, die dadurch eintrat, daß Rußland und gleich darauf Frankreich gleichzeitig mobilisierten. Delbrück sagt, in diesem Fall durfte Deutschland den Angriff nicht abwarten, sondern mußte ihm zuvorkommen, sonst war es von vornherein verloren. Das gilt freilich nur für den Fall, daß Rußland wirklich zum Angriff schreiten wollte. Aber auch die Möglichkeit des Angriffs war schon bedenklich. Deutschland hatte sich durch seine verkehrte Politik in die furchtbare Situation hineingeritten, daß jedes Warten es militärisch gefährdete. Jeder Schritt aber, durch den es dem, doch nicht feststehenden, sondern vermuteten Angriff zuvorkam, bürdete ihm die Schuld auf, den Weltkrieg durch seine Kriegserklärung entfesselt zu haben.

Diese verzweifelte Lage habe ich keineswegs übersehen, wie Delbrück meint, ich wundere mich bloß über die Kurzsichtigkeit Wilhelms und Bethmanns, die am 5. Juli diese Konsequenzen der Potsdamer Beschlüsse nicht klar erkannten, und über die Verbohrtheit ihrer Apologeten, die auch heute noch den notwendigen Zusammenhang der Mobilisierungen mit jenen Beschlüssen nicht zugeben wollen.

Indes so furchtbar die Situation am 1. August war, sie war noch nicht ganz hoffnungslos, wenn man noch klar zu unterscheiden vermocht hätte zwischen dem Beginn der Mobilisierung und ihrer Vollendung.

Zwischen beiden liegt ein Zwischenraum von mehreren Tagen. In Österreich z. B. erwartete man, daß die Mobilisierung 12 bis 16 Tage beanspruchen werde. Die deutsche Mobilisierung vollzog sich viel rascher, erforderte indes auch einige Tage. Wenn man diese zu weiteren Verhandlungen benutzte, wäre vielleicht der Friede noch zu retten gewesen. Rußland zeigte sich am 1. August immer noch bereit zu verhandeln, und bei entsprechendem Druck auf Österreich, der allerdings energischer hätte sein müssen als die schwächlichen Versuche Berlins vom 29. Juli an, wäre vielleicht in letzter Minute noch ein Ausgleich ermöglicht worden.

Aber selbst wenn dies nicht gelang, so hätte durch das Fortsetzen der Verhandlungen bei offenkundigem Entgegenkommen Deutschlands gegen die Vermittlungsvorschläge bis nach vollendeter Mobilisierung eine bessere Atmosphäre für Deutschland in der Welt geschaffen werden können. Es hätte dann eher als der wirklich Bedrohte dagestanden, der bis zum letzten Moment an der Rettung des Friedens arbeitete.

Verhängnisvoll wurde es, daß die deutsche Regierung in einem Zeitpunkt, in dem Rußland noch mit Österreich verhandelte, den Krieg bloß deshalb erklärte, weil sie gleichzeitig — genau genommen sogar erst einige Stunden nachher — die Mobilisierung verkündete. Dies brachte im Zusammenhang mit der vorhergehenden Haltung Deutschlands und Österreichs aller Welt den Glauben bei, Deutschland habe den Weltkrieg geplant und gewollt. Das ist nach dem heute bekannten Material ebenso irrig wie die entgegengesetzte Behauptung des Professor Delbrück, der sich nicht vorstellen kann, daß die russische Mobilmachung einem andern Zweck dienen konnte als dem, „den Krieg zu entfesseln", was er damit erklärt, daß Rußland dem „bevorstehenden Kompromiß (Österreichs) mit Serbien" zuvorkommen wollte. Diese seine Behauptung steht auf gleicher Höhe mit seiner vorhergehenden, Franz Ferdinand sei wegen seiner versöhnlichen Absichten von den „Fürstenmördern" aus dem Wege geräumt worden.

Vom militärischen Standpunkt aus war es völlig überflüssig, am 1. August die Verhandlungen durch die brüske Kriegserklärung abzuschneiden, da man ja doch nicht sofort Truppen über die Grenze schicken und die Feindseligkeiten eröffnen wollte.

Das sagt mir mein simpler Laienverstand, das sagten aber auch angesehene Fachleute. So berichtet Tirpitz, daß nicht nur er selbst die Kriegserklärung gegen Rußland am 1. August für unnötig hielt, sondern daß Moltke selbst der gleichen Meinung war (A. v. Tirpitz, Erinnerungen, S. 241, vgl. auch 242 und 243*).

---

* In seiner gegen mich gerichteten Streitschrift muß General Montgelas ebenfalls bezüglich der Kriegserklärung an Rußland zugeben:

„Selbst nach militärischen Gesichtspunkten lag ein zwingender Grund nicht vor . . . Da man die ursprüngliche Absicht der gleichzeitigen Kriegserklärung an Frankreich nicht ausführte, scheint mir, soweit die bisherigen Veröffentlichungen ein Urteil zulassen, in der Kriegserklärung an Rußland auch in rein militärischer Beziehung ein Denkfehler vorzuliegen." (Glossen zum Kautskybuch, S. 32.)

Delbrück sucht die Tatsache, daß die Kriegserklärung an Rußland schon am 1. August erfolgte, auch tatsächlich nicht mit dessen Mobilmachung zu erklären, sondern mit den belgischen Absichten.

„Der Generalstab war der Überzeugung, daß einzig und allein der Weg durch Belgien uns zum Siege führen könnte . . . Wir konnten aber den Einmarsch in Belgien nicht fordern und nicht beginnen, ehe nicht der Krieg mit Rußland da war. Die Russen erklärten ihn uns natürlich nicht, ehe sie nicht ihre Mobilmachung gehörig gefördert hatten; also mußten wir in aller Eile den Russen den Krieg erklären." (S. 23.)

Hier taucht plötzlich ein ganz neues Motiv der Kriegserklärung auf: die weitere Verhandlungsmöglichkeit mit Rußland wurde also am 1. August durch die Kriegserklärung nicht deshalb brüsk vernichtet, weil der Stand der russischen Mobilisierung dazu zwang, sondern deshalb, weil man ohne die vorherige Kriegserklärung an Rußland den Durchmarsch durch Belgien nicht fordern konnte. Aber die Notwendigkeit dieses Durchmarsches nach dem deutschen Plan setzte den Krieg doch schon voraus!

Es war danach nicht die russische Mobilmachung, sondern der Glaube des deutschen Generalstabs an die Unvermeidlichkeit des Krieges, was den Krieg unvermeidlich machte und am 1. August jede Weiterführung der Verhandlungen durch die Kriegserklärung abschnitt.

Gleich nachdem Delbrück die Kriegserklärung an Rußland am 1. August mit der Notwendigkeit des sofortigen Durchbruchs durch Belgien überraschend motiviert hat, macht er eine neue überraschende Wendung: Er weist auf den Wortlaut der deutschen Kriegserklärung an Rußland hin und sagt, ihre Form lasse, wie ihm ein Völkerrechtskundiger versicherte, „dem Gegner einen Schimmer von Möglichkeit, noch ein Wort zu sagen", also die Möglichkeit, die Verhandlungen weiterzuführen. Natürlich macht er mir auch da wieder Vorwürfe darüber, daß ich das nicht wisse. Er muß indessen selbst zugeben, jene Form sei eine „juristische Finesse", die ihm „wenig einleuchte" (S. 88-89). Warum soll sie nun gerade mir einleuchten?

Sie leuchtete dem deutschen Botschafter in Petersburg ebenso wie den russischen Diplomaten dort auch nicht ein. Keiner von ihnen wußte sich's zu deuten, was das Telegramm besagen sollte, das Wilhelm zehn Stunden nach der Kriegserklärung an den Zaren richtet und in dem er dessen sofortige Antwort zur Rettung des Friedens verlangt.

Meine Unwissenheit über die diplomatische Feinheit der deutschen Regierung teile ich also mit dem deutschen Botschafter in Rußland.

Was sollte jedoch diese Feinheit?

Nur zweierlei war möglich. Entweder erheischte die Sicherheit Deutschlands am 1. August sein sofortiges kriegerisches Vorgehen oder man wollte weiter verhandeln. Eine Formel, die beides gleichzeitig ermöglicht, gibt es trotz aller juristischen Feinheiten der Völkerrechtslehrer nicht, und es ist ganz überflüssig, sie deshalb zu befragen.

Wenn Delbrück trotzdem Wert darauf legt, daß die gewählte Formel der Kriegserklärung weitere Verhandlungen nicht ausschloß, beweist er damit nur, daß er selbst meint, Verhandlungen seien damals noch möglich und wünschenswert gewesen trotz der russischen Mobilisierung, daß also diese am 1. August die deutsche Kriegserklärung noch keineswegs erzwang.

Das hat damals auch alle Welt außerhalb Deutschlands empfunden und deshalb hat die deutsche Kriegserklärung, die man 3 bis 4 Tage später vielleicht begreiflich gefunden hätte, am 1. August den allgemeinen Eindruck erweckt, Deutschland wolle keine Verhandlungen, wolle den Krieg.

Und nun glaubt Delbrück dieses Verfahren dadurch zu rechtfertigen, daß er bemerkt, die deutsche Regierung, die sich dadurch allenthalben ins Unrecht gesetzt hatte, habe so nur gehandelt, um Gelegenheit zu bekommen, durch die Vergewaltigung Belgiens rasch das Gebäude der Mißgriffe zu krönen, die sie zum Gegenstand des Abscheus der ganzen Welt machten!

Man vergegenwärtige sich noch einmal die Reihenfolge der Ereignisse, wie sie bei Kriegsausbruch bekannt waren:

Am 23. stellt Österreich den Serben ein Ultimatum, das jedermann den (richtigen) Glauben beibringt, Österreich wolle den Krieg mit Serbien.

Das Ultimatum gibt nur eine Frist von 48 Stunden zur Beantwortung. Österreich verweigert jede Fristverlängerung und wird dabei von Deutschland unterstützt.

Serbien zeigt in seiner Antwort am 25. Juli ein überraschendes Entgegenkommen.

Die Antwort ist der Abbruch der diplomatischen Beziehungen durch Österreich.

Österreich weist die verschiedensten Vermittlungsvorschläge ab, auch dabei unterstützt durch Deutschland; dessen spätere Schwenkung vom 29. Juli bleibt sorgfältig verborgen. Was sinnenfällig zutage tritt, ist die Kriegserklärung Österreichs an Serbien am 28. Juli, das Bombardement Belgrads am 29. und 30. Juli.

Allgemeine Nervosität tritt ein. Am 31. Juli verkünden Österreich und Rußland „fast gleichzeitig" ihre Gesamtmobilisierung, und in Deutschland wird am gleichen Tage „drohender Kriegszustand" erklärt, der Vorläufer der Mobilisierung. Gleichzeitig verlangt Deutschland von Rußland die sofortige völlige Demobilisierung nicht nur an der deutschen, sondern auch an der österreichischen Front.

Bei alledem gehen immer noch die Vermittlungsversuche der verschiedenen Mächte weiter.

Sie werden am 1. August definitiv abgeschnitten durch die deutsche Kriegserklärung an Rußland, der am 2. August die Forderung an Belgien folgt, den Durchmarsch durch Belgien zu gestatten.

Wenn man alle diese Tatsachen zusammenfaßt, kann man sich da wundern, wenn sich in allen Kreisen, die nicht vom deutschen Kriegsrausch erfaßt waren, die Überzeugung festsetzte, Deutschland habe den Weltkrieg gewollt und geplant?

Und nun glaubt man, diesen Eindruck zerstören und die wilhelminische Politik nicht nur vor ihren Anhängern, sondern vor der Welt rechtfertigen zu können durch das eine Faktum, daß die russische Gesamtmobilisierung der österreichischen um einige Stunden vorausging!

Delbrücks Glaube an die sieghafte Kraft seines Hinweises auf die russische Mobilisierung ist ebenso unverständlich, wie Bethmann Hollwegs Verhalten in jenen Tagen. Dieser wußte sehr wohl die Bedeutung der öffentlichen Meinung einzuschätzen; unausgesetzt ging sein Streben dahin, den Gegner ins Unrecht zu setzen, und dabei konnte er keinen Schritt tun, durch den er sich nicht selbst ins Unrecht setzte.

d) Meine Forschungsmethode.

Herr Professor Delbrück erklärt einmal frischweg, daß ich mich mit meiner Kritik der Haltung der Herren Bethmann und Berchtold einer methodischen Fälschung schuldig mache, indem ich an die Politik der Zentralmächte der Maßstab meines „pazifistischen Glaubens" anlege und nicht den der Logik der Herren Berchtold und Bethmann. In der Geschichte sei jeder an der Logik seiner eigenen Politik zu messen, und nicht an der der Politik des Geschichtsschreibers.

Und an anderer Stelle sagt er:

„Man kann Kautsky sagen, daß er die Politik Bethmann Hollwegs und Berchtolds ‚absolut nicht begriffen' hat. Kein Wunder, daß er sie so ungünstig beurteilt. Niemand aber hat das Recht, sich einen Historiker zu nennen, der sich nicht die Mühe geben will, das, was er zu beurteilen unternimmt, erst einmal zu begreifen." (S. 16.)

Ich sehe ab von dem, was in diesen Ausfällen an professoralem Hochmut steckt, der sich über die nichtzünftige Konkurrenz erhaben dünkt.

Ich weiß nicht, ob der ordentliche Universitätsprofessor es von seinem erhabenen Standpunkt aus einmal der Mühe wert gehalten hat, eine meiner historischen Arbeiten anzusehn. Er würde finden, daß gerade vom Standpunkt meiner Forschungsmethode, die die des historischen Materialismus eines Karl Marx ist, jeder absolute Maßstab in der Geschichte falsch ist.

Es ist richtig, daß ich in meiner Schrift über den Weltkrieg die einzelnen Personen nicht nach der Logik *ihrer* Politik messe. Jedoch ebensowenig nach der Logik der *meinigen*.

Für mich ist entscheidend die eherne Logik der *Tatsachen*, die Logik der notwendigen kausalen Zusammenhänge. Der Standpunkt eines jeden Politikers ist gegeben durch die gesellschaftlichen Interessen, zu deren Träger er sich macht. Seine historische Bedeutung hängt sehr

wesentlich davon ab, inwieweit er die Logik der Tatsachen seiner Zeit begreift und ihr in seinem Tun gerecht wird. Wie weit er die Konsequenzen seiner eigenen Handlungen vorauszusehen weiß. Auf dieser Auffassung beruht m e i n e historische Forschungsmethode, soweit sie einzelne Personen behandelt.

Ich habe die Herren Berchtold und Bethmann nicht deshalb zu leicht befunden, weil sie imperialistische statt pazifistische Politik trieben. Ich war auch nicht so naiv, von ihnen die Vertretung eines proletarischen Standpunktes zu verlangen. Wohl aber habe ich sie als unheilvolle Politiker gekennzeichnet, weil sie nicht verstanden, welche verheerenden Konsequenzen ihre Politik für die von ihnen vertretenen Interessen des Deutschen Reichs nach sich ziehen mußte. Als mildernden Umstand können sie heute freilich die Tatsache vorbringen, daß die Blüte der deutschen Universitätswissenschaft das nicht einmal heute begreift, wo diese Konsequenzen für jedermann deutlich erkennbar zutage liegen.

Ich sage einmal in meiner Schrift ausdrücklich von der auswärtigen Politik der deutschen Militärmonarchie:

„Sie mußte verurteilt werden nicht bloß vom Standpunkt des internationalen Sozialismus, sondern selbst vom Standpunkt eines Imperialismus, der mit den gegebenen Machtverhältnissen rechnet. Eine v e r n ü n f t i g e deutsche imperialistische Politik durfte auf keinen Fall derart sein, daß sie die Feindschaft der beiden, neben Deutschland in Europa entscheidenden Mächte, England und Rußland, gleichzeitig hervorrief." (S. 20.)

Ich komme zu dem Ergebnis, daß die Politik der Berchtold und Bethmann Hollweg sinnlos war nicht bloß vom Standpunkte des internationalen Sozialismus, sondern sogar vom Standpunkt des Interesses der Militärmonarchien der Habsburger und Hohenzollern.

Delbrück faßt die Frage viel zu eng, wenn er sagt:

„Die Berchtold und Bethmann hatten für nötig befunden und beschlossen, einen schweren Schlag gegen Serbien zu führen. Ob sie das im einzelnen mit Klugheit oder mit Dummheit oder gar mit verbrecherischer Dummheit ausführten, läßt sich nachprüfen. Eine methodische Fälschung aber ist es, wenn man die Klugheit oder Dummheit feststellen will, nicht nach der Logik ihres eigenen Planes, sondern nach der Logik einer Politik, die sie gar nicht wollten. So aber verfährt Herr Kautsky und zeigt damit, daß ihm auch noch nicht einmal das A B C der historischen Forschungsmethode aufgegangen ist." (S. 13.)

Nach meiner analphabetischen Forschungsmethode setze ich mit meiner Beurteilung früher ein als Herr Delbrück. Ich frage zuerst, ob es vom Standpunkt der Interessen, die Berchtold und Bethmann vertraten, klug oder dumm war, wenn sie beschlossen, „einen schweren Schlag gegen Serbien zu führen".

Es ist klar, daß, wenn dieser Plan sich als eine „verbrecherische Dummheit" auch vom Standpunkt jener Interessen herausstellte, dann jeder einzelne Schritt in dieser Richtung ebenfalls eine Dummheit sein konnte, selbst wenn er in die Logik des Plans hineinpaßte, also von diesem Standpunkt aus klug war. Oder hört eine Dummheit auf, eine zu sein, wenn man sie planmäßig verfolgt?

Nach der sonderbaren historischen Forschungsmethode, die hier Delbrück empfiehlt, dürfte ein Historiker nur die Einzelheiten der Politik, die ein Politiker betrieb, beurteilen, nicht die Gesamtheit dieser Politik. Er vergißt zu bemerken, ob das bloß für die Politik von Ministern gelten soll, oder auch für die gewöhnlicher Sterblicher.

Wenn aber Delbrück mir vorwirft, ich sei nicht imstande, die Klugheit der Politik Bethmanns und Berchtolds in der serbischen Frage zu begreifen, so ist für das deutsche Volk und für die Völker Österreichs viel mehr der Mangel an Begriffsvermögen der genannten Herren höchst verhängnisvoll geworden: die Tatsache, daß sie absolut nicht begriffen, wie ihr Vorgehen auf die öffentliche Meinung im Ausland wirken, und wie es auch die unbeteiligten Neutralen erbittern, den allgemeinen Haß gegen Deutschland aufs höchste steigern mußte.

Dieser Haß hat Deutschland schon damals aufs tiefste geschädigt, als es noch unbesiegt war. Er wird doppelt verderblich für das besiegte. Ihm entgegenzuwirken ist unerläßlich.

Nicht minder wichtig, ja meines Erachtens weit wichtiger, als die Herren Berchtold und Bethmann zu begreifen, ist es daher, die Völker der Welt zu begreifen und zu erforschen, warum die Politik der beiden Minister solchen Haß gegen Deutschland gesät hat. Wenn Professor Delbrück seine historische Forschungsmethode diesem Gegenstand zuwendet, dann wird er finden, daß dieser Haß immer wieder von neuem angestachelt wird durch jeden verunglückten Versuch, eine Apologie Bethmann-Berchtolds zu liefern und angesichts ihres Vorgehens der Welt einreden zu wollen, sie seien schuldlos, die russische Mobilisierung sei an allem schuld.

Ich hoffe, daß nach diesen Ausführungen der Leser nicht nur meine Forschungsmethode und meine Auffassung, sondern auch die Art der Darstellung in meinem Buche begreifen wird.

Ich war bestrebt, sie so anschaulich und durchsichtig als möglich zu machen. Daher glitt ich rasch über die Reihenfolge der Mobilisierungen hinweg. Sie war meines Erachtens für den Ausbruch des Weltkrieges nicht entscheidend. Ein bloßes Aufzählen der Aufeinanderfolge hätte nur falsche Schlußfolgerungen erleichtert. Wollte ich solche verhindern, dann mußte ich so ausführliche Erläuterungen geben wie hier in meiner Polemik gegen Delbrück. Dabei wäre die ganze Übersichtlichkeit und Klarheit der Darstellung verloren gegangen.

Daher sprach ich von allen den hier behandelten Faktoren im Buche selbst nichts. Dennoch hatte ich sie wohl erwogen. Drum geben mir alle die kritischen Ausfälle des Herrn Professors Delbrück keinen Anlaß, auch nur ein Wort von dem zu ändern, was ich geschrieben.

---

4. Die Randnoten des Kaisers.

a) Das persönliche Regiment.

Nachdem Professor Delbrück meine Unehrlichkeit an dem Advokatentrick des Verschweigens des russisch-serbischen Komplotts dargetan und mich wegen meiner Behandlung der Mobilisierungen und der Politik Bethmanns im historischen Examen als vollständig ungenügend hat durchfallen lassen, erklärt er mich auch noch für einen ordinären Kerl, weil ich die Randglossen Wilhelms veröffentlichte:

„Die Ausrufe und Betrachtungen, die Kaiser Wilhelm II. sich gewöhnt hatte, an den Rand der Berichte zu schreiben, die ihm vorgelegt wurden, sind nichts anderes als eine Art Selbstgespräche, die überaus wertvoll sind, um die Denkweise des Kaisers kennen zu lernen, und deshalb sehr wichtige historische Dokumente, die aber bei seinen Lebzeiten vor aller Welt auszubreiten jedem feiner empfindenden Menschen als eine gemeine Handlungsweise erscheinen mußte." (S. 30.)

Zu dieser fein empfundenen Schmähung konnte der Herr Professor nur dadurch gelangen, daß er die Randglossen zu „Selbstgesprächen" umwandelte, allerdings vorsichtigerweise zu einer „Art von Selbstgesprächen", denn diese „Selbstgespräche" waren Anreden und Weisungen für den Reichskanzler und das Auswärtige Amt. Dieses hielt die Bleistiftnotizen des Kaisers in den Akten so hoch und heilig, daß es Vorsorge traf, jede von ihnen nach dem Einlangen chemisch fixieren zu lassen, damit sie sich ja nicht verwischten. Das Ergebnis dieser Ehrung muß nach dem 9. November 1918 Wilhelm und seinen Freunden sehr fatal gewesen sein.

Ähnlich wie Delbrück haben manche seiner Gesinnungsgenossen sich über meine Indezenz entrüstet, weil ich in der Vorrede zu meinem Buche bemerkte, Wilhelms Randglossen gewährten „das seltene Vergnügen, daß das Volk einmal einen Kaiser in Unterhosen zu sehen bekommt". Sie haben bei ihrer schamhaften Entrüstung über diese Entkleidungsszene vergessen, daß ich hier auf ein Wort aus Fuldas „Talisman" anspielte, wo ein naives Mädchen ihren Monarchen in Unterkleidern zu sehen bekommt und ihm begütigend zuruft:

„Du bleibst ein König auch in Unterhosen."

Das heißt, wer ein tüchtiger Kerl ist, bleibt es auch ohne äußerlichen Prunk und zeigt sich überall als solcher.

Wilhelm freilich besteht die Feuerprobe nicht.

Nun meint Delbrück, für die deutsche Politik sei das gleichgültig gewesen. Wilhelms Randbemerkungen hätten „zur deutschen Politik in dieser Epoche nichts hinzugetan und nichts davon weggenommen, wirklich nicht das allergeringste".

Er findet, diese Politik sei „logisch nach einem ganz klaren und wohlüberlegten Programm" vor sich gegangen. Der Kaiser „urteilte

durchaus im Einvernehmen mit seinen Ratgebern, und seine Ratgeber im Einvernehmen mit ihm". (S. 30.)

Wenn ich nicht zu begreifen vermag, daß der weltbekannte Zickzackkurs „logisch nach einem ganz klar und wohlüberlegten Programm" vor sich ging, so liegt das offenbar an meiner grenzenlosen historischen Unfähigkeit. Ich wieder bekäme Angst vor einer historischen Forschungsmethode, die mich solche Erkenntnisse lehrte, wie die eben zitierten. Doch nehme ich an, daß jene Auffassung des gradlinigen Zickzackkurses nicht dem Historiker, sondern dem Politiker Delbrück zur Last fällt.

Wie unüberlegt und wankelmütig gerade in den paar Wochen des Juli 1914 die deutsche auswärtige Politik war, sollte nach allem, was man weiß, doch keiner weiteren Beweise mehr bedürfen. Und das ständige Einvernehmen des Kaisers mit seinen Ratgebern hat eben eine merkwürdige Beleuchtung erfahren durch die Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Willi und Nicky. Offenbar bedeutet auch diese Publikation eine gemeine Handlung. Man kann eben keine intime Äußerung Wilhelms veröffentlichen, die ihn nicht kompromittiert.

Alle seine Äußerungen sind aber sehr wichtig, angesichts des preußisch-deutschen Regierungssystems, das dem Monarchen seinen Ministern gegenüber eine allmächtige Stellung verlieh, eine Stellung, die Wilhelm II. nach Kräften ausgenutzt hat. Er fühlte sich als sein eigener Kanzler, betrachtete seine Minister als seine Handlanger. Das schließt nicht aus, daß, ähnlich manchen Sklaven der Zäsaren, so auch manche Höflingsnaturen unter seinen Ministern den Kaiser gelegentlich zu veranlassen wußten, nach ihrem Willen zu agieren.

Delbrück muß zugeben, daß die Randglossen „überaus wichtig sind, um die Denkweise des Kaisers kennen zu lernen". Damit sind sie aber auch überaus wichtig, die von ihm gelenkte deutsche Politik kennen zu lernen. Sie bedeuten „sehr wichtige historische Dokumente", wie Delbrück selbst anerkennt. Das sind sie jedoch nur als sehr wichtige politische Dokumente.

Sie beleuchten kraß nicht bloß die Person des Kaisers, sondern auch das deutsche Regierungssystem, das in den Krieg „hineinschlitterte", um mit Tirpitz zu reden. Und Klarheit darüber erscheint mir heute im Interesse des deutschen Volkes wichtiger als Rücksichtnahme auf das Behagen des Mannes, der von seinem Posten in der Stunde der Gefahr desertierte.

Das mag ja eine sehr „gemeine Handlungsweise" sein — nämlich die meine, nicht die Wilhelms II. —, aber mir fehlt eben das „feinere Empfinden", das einzusehen.

Das Einvernehmen Wilhelms mit seinen Ratgebern wird bereits ausreichend illustriert durch die Art, wie am 5. Juli der Krieg gegen Serbien angezettelt wurde.

Man weist von deutscher nationaler Seite triumphierend darauf hin, daß sich alles Gerede von einem Kronrat am 5. Juli als nichtig erwiesen habe, und meint, damit sei das wilhelminische Regime glänzend gerechtfertigt. In meinen Augen wird es dadurch erst recht verurteilt.

Ein Kronrat, dem alle Minister und auch noch die Führer der parlamentarischen Parteien beiwohnten, hätte doch aller Wahrscheinlichkeit nach dazu geführt, daß die verschiedensten Seiten des Problems erörtert, daß auch seine Schwierigkeiten in Betracht gezogen wurden, und daß man, wenn schließlich dem österreichischen Begehren trotz aller Bedenken zugestimmt wurde, man dies erst tat, nachdem man sich über die Hilfsmittel und Absichten des Bundesgenossen genau unterrichtet hatte.

Statt dessen wurde die entscheidende Beratung von Wilhelm allein mit dem österreichischen Gesandten nach einem Frühstück in Potsdam abgehalten. Später besprach sich der Kaiser mit Bethmann. Was dabei erörtert wurde, davon fehlt uns jede Kunde. Aber eine Abänderung dessen, was Wilhelm bereits dem Grafen Szögyény gegenüber erklärt hatte, kam dabei nicht heraus. Durch diese eine Unterredung allein wurde Österreich völlig freie Hand Serbien gegenüber gewährt und ihm die deutsche Bundeshilfe zugesichert für den Fall, daß dabei Österreich mit Rußland in Konflikt geriet.

Erst hinterdrein fing man an über verschiedene Punkte nachzudenken, über die man hätte Klarheit haben müssen, ehe man sich auf das Abenteuer einließ.

Erst am 17. Juli fragte Jagow in Wien an, um zu erfahren, welche Ziele Österreich in Serbien verfolge. Eine Antwort hat er nie bekommen, und doch hätte eine präzise, klare Auskunft Österreichs über diesen Punkt vorliegen müssen, ehe man des Bundesgenossen Anliegen überhaupt in Betracht zog.

Ebenso wichtig, wie Klarheit über die Ziele in Serbien, war Klarheit über das Verhältnis Österreichs zu Italien. Bei eventuellen Komplikationen war es dringend notwendig, daß es im Dreibund blieb; das war nicht zu erreichen, wenn Österreich nicht Italien entsprechende Kompensationen anbot. Zu solchen hätte man Österreich vielleicht veranlassen können, ehe man ihm die Zusicherung der Bundeshilfe gab, wenn man diese davon abhängig machte. Aber auch daran dachte man am 5. Juli nicht. Vielmehr fiel es dem Staatssekretär erst am 15. Juli ein, daß es nötig sei, Österreich zu Konzessionen zu veranlassen. Nun besaß dieses aber bereits das Versprechen des Kaisers vom 5. Juli, und so fanden alle Andeutungen Berlins, die überdies sehr schüchtern ausfielen, in Wien nur taube Ohren.

Diese Politik ist es, von der Delbrück behauptet, sie „geht logisch nach einem ganz klaren und wohlüberlegten Programm" vor, „nirgends nach bloßen Launen oder plötzlichen Allerhöchsten Eingebungen und Vorurteilen". (S. 30.)

Auch da wieder kann ich nur sagen: Wenn es seine Forschungsmethode ist, die Delbrück zu solchen Ergebnissen führt, dann bin ich froh, daß ich nicht einmal das ABC davon aufgenommen habe.

Vielleicht noch nie ist ein Krieg auf die bloße „Allerhöchste Eingebung" eines Tages mit solcher Leichtfertigkeit und Unüberlegtheit beschlossen worden, wie am 5. Juli 1914 der Krieg gegen Serbien. Kein Wunder, daß man einige Wochen später völlig den Kopf verlor, als die Konsequenzen zutage traten, auf die jeder einigermaßen klar denkende Mensch von vornherein hätte gefaßt sein müssen, wenn er sich auf diese Bahn überhaupt begab.

b) Die deutsche Schuld.

Ich kann hier das Geständnis machen, daß es eine Zeit gab, in der ich der deutschen Regierung unrecht tat. Wohl besaß ich nicht das felsenfeste Vertrauen Delbrücks in die Klarheit und Wohlüberlegtheit ihres Programms, immerhin nahm ich an, daß sie sich der sinnenfälligsten Konsequenzen ihres Vorgehens klar bewußt war, als sie sich zur Unterstützung Österreichs entschloß. Dann aber konnte man auf Grund der bekannten Tatsachen nur zu dem Ergebnis kommen, daß Deutschland den Weltkrieg 1914 gewollt hatte, ihn planmäßig herbeiführte. Zu erklären war dieser Krieg nur als Präventivkrieg.

Ich war sehr überrascht, als ich Einsicht in die Akten bekam. Meine ursprüngliche Auffassung erwies sich mir als unhaltbar. Deutschland hat auf den Weltkrieg nicht planmäßig hingearbeitet. Es hat ihn schließlich zu vermeiden gesucht. Delbrück findet denn auch, daß „für den aufmerksamen Leser Kautsky nicht der Ankläger, sondern der Verteidiger der deutschen Regierung ist".

Aber für seine Bedürfnisse bin ich das nicht absolut genug. Ich bin es nämlich nur nach der, man kann sagen, kriminalistischen Seite der Sache. Um so weniger bin ich es nach der intellektuellen Seite. Ich werde zum Verteidiger der deutschen Regierung der Entente gegenüber, die sie als großen Verbrecher behandeln will. Ich werde um so mehr zu ihrem Ankläger dem deutschen Volke gegenüber. Die Entstehung des Weltkrieges zeigt uns in Deutschland ein Regierungssystem, das im Lande der Dichter und Denker, der höchsten wissenschaftlichen Leistungen, zur politischen Führung Elemente berief, die von solcher Unfähigkeit oder Streberhaftigkeit oder Leichtfertigkeit waren, daß sie sinnlos das Volk in ein Abenteuer hineinritten, aus dem sie schließlich keinen anderen Ausweg mehr fanden als die Kriegserklärung an Rußland und Frankreich, und durch das sie und die ganze Nation in den Abgrund gerissen wurden.

Wäre es richtig, wie Delbrück behauptet, daß diese Politik „logisch nach einem ganz klaren und wohlüberlegten Programm" vor sich ging,

so würde die Schuld des wilhelminischen Regimes dadurch nicht vermindert, sondern ins Riesenhafte vergrößert.

Würde damit auch die Schuld des deutschen Volkes anwachsen? Delbrück behauptet es.

Ich erkläre in meiner Schrift, daß die Anerkennung der Wahrheit über den Ursprung des Krieges das beste Mittel sei, das Vertrauen der Völker für Deutschland wiederzugewinnen. (S. 180.) Darauf entgegnet Delbrück:

„Kautsky ist ein ebenso schlechter Menschenkenner wie mangelhafter Logiker und unmethodischer Historiker. Es ist, als ob er nie den Satz gehört hätte, daß die Völker immer die Regierung haben, die sie verdienen. Die Schuld einer Regierung ist von der Schuld des Volkes nicht zu trennen. Wenn es wahr wäre, daß die alte deutsche Regierung so schuldig wäre, wie Kautsky sie darstellt, und wir heute anders gesinnt sind, so würden sich die westlichen Völker darum in ihrer Gesinnung gegen uns — mit Recht — nicht im geringsten beirren lassen, sondern uns die Sünden Kaiser Wilhelms voll entgelten lassen.“ (S. 34.)

Diese ganze Argumentation ist auf den Satz begründet, der vor mehr als hundert Jahren zur Rechtfertigung des zaristischen Absolutismus geprägt wurde, der besagt, daß die Völker immer die Regierung haben, die sie verdienen. Sollte der Satz dadurch zu einer Wahrheit geworden sein, daß er so oft zitiert wird? Auch die Zitierung durch einen preußischen Professor macht ihn noch nicht dazu.

Meine analphabetische Forschungsmethode zeigt mir in der Geschichte vielmehr das gerade Gegenteil: Fast kein Volk hat die Regierung, die es verdient.

Meine Forschungsmethode sieht eben nicht nur die Völker, sondern auch die Klassen innerhalb der Völker. Sie unterscheidet zwischen herrschenden und beherrschten Klassen; sie sieht innerhalb der herrschenden auch noch den Unterschied zwischen den ökonomisch mächtigen und den politisch regierenden. Wir wollen von diesem letzteren Unterschied hier absehen, um die Darlegung nicht zu komplizieren. Aber auch wenn man bloß die herrschenden und beherrschten Klassen unterscheidet, ist es klar, daß die jeweilige Regierung nur das Produkt jener, nicht dieser ist, die fast überall die große Masse, das eigentliche Volk darstellen.

Will nun Delbrück etwa behaupten, daß die Proletarier, Kleinbauern, Kleinbürger eines kapitalistischen Landes die Junker, die Schwerindustriellen, die Bankmagnaten haben, die sie verdienen?

Auf der andern Seite ist zu beachten, daß die Regierung eines bestimmten Zeitpunktes nicht nur durch die herrschenden Klassen dieser Epoche bestimmt wird; sie wird bestimmt auch durch das Regierungssystem, das, außer in revolutionären Zeiten, überwiegend ein Produkt der Vergangenheit ist. Jede Nation, jedes Staatswesen ist ein Ergebnis geschichtlicher Entwicklung. Sie werden gefördert durch die Errungenschaften ihrer Vorgänger, aber auch gehemmt

durch überlieferte Denkweisen und Einrichtungen, die sich festgewurzelt haben und der Gegenwart zähen Widerstand leisten, trotzdem sie in starkem Widerspruch zu ihren Bedürfnissen stehen. Daher rief Goethe: Weh dir, daß du ein Enkel bist! Will Delbrück behaupten, daß jeder Enkel den Großvater hat, den er verdient?

Ist der Ausspruch, auf den er sich beruft, unter allen Umständen nur ein geistreichelndes Bonmot ohne ernsthaften Kern, so wird noch sonderbarer seine Anwendung auf die deutsche Gegenwart. Verdient ein Volk auch eine Regierung, die es gestürzt hat? Ist es verantwortlich für eine Regierung, von der es nichts wissen will?

Und endlich noch eine dritte Erwägung: Selbst wenn der Ausspruch für die Regierungen wirklich zuträfe, so wäre daraus noch nichts zu schließen für die Person des Monarchen in einer Erbmonarchie. Die hängt ja ausschließlich vom Zufall der Geburt ab.

Damit wird die materialistische Geschichtsauffassung nicht widerlegt, die annimmt, daß der Gang der Geschichte sich nach ehernen Gesetzen vollzieht. Ihre Richtung kann von keiner Persönlichkeit abgeändert werden, wie mächtig sie sei. Aber die Größe der Opfer, die von der naturnotwendigen Entwicklung erheischt werden, hängt sehr davon ab, welcher Art diejenigen Personen sind, die über die furchtbare Gewalt der Staatsmaschinerie verfügen.

Auf die Auswahl der obersten entscheidenden Person haben in der Erbmonarchie nicht einmal die herrschenden Klassen einen Einfluß.

Will Delbrück sagen, jedes Volk habe jedesmal den Monarchen, den es verdient? Das österreichische Volk habe etwa von 1780—1790 den hochbegabten, ungeduldig vorwärtsdrängenden, aufgeklärten Despoten Josef verdient, von 1792—1835 den bornierten, harten, tückisch-dummen Geizhals Franz, von 1835—1848 den Idioten Ferdinand, der, persönlich gutmütig, in vollster Hilflosigkeit seine Umgebung die Völker der Monarchie, nach Belieben mißhandeln ließ, wofür ihm die Schmeichler den Beinamen Ferdinand der Gütige verliehen, den bösartige Zungen seiner Untertanen in Gütinand der Fertige verdrehten.

Und war es Friedrich II., den das Volk Preußens verdiente, oder sein so ganz anders gearteter Nachfolger Friedrich Wilhelm II.? Nach 1888 verdiente es offenbar Wilhelm II. Aber wäre Friedrich III. am Leben geblieben und hätte eine ganz andere Politik getrieben, hätte ihn das deutsche Volk ebenso verdient.

Man sieht, man kann den Satz, daß ein jedes Volk die Regierung hat, die es verdient, nicht näher betrachten und schon gar nicht auf die deutsche Gegenwart anwenden, ohne auf einen Wust von Abgeschmacktheiten zu stoßen. Diese Abgeschmacktheiten werden aber zu einer ernstlichen Gefahr, wenn sie zu einer Maxime praktischer Politik führen, zu dem Grundsatz, daß „die Schuld einer Regierung von der Schuld des Volkes nicht zu trennen ist".

Wir können vielmehr nicht streng genug zwischen Volk und Regierung unterscheiden. Gewiß begeht man vielfach im Ausland noch den gleichen Fehler wie Delbrück, wenn auch nicht so allgemein, wie es ihn dünkt, aber das ist doch kein Grund, diesen das deutsche Volk so schädigenden Fehler noch zu fördern dadurch, daß man selbst ihn als richtig anerkennt und die Solidarität der deutschen Nation mit Wilhelm proklamiert.

Das ist selbstverständlich nicht, wie Delbrück es tut, zu bezeichnen als „das flagellantische Bemühen, uns selber anzuklagen", es ist nur die Forderung, der Wahrheit zu ihrem Rechte zu verhelfen.

Man soll nicht etwa Wilhelm als Sündenbock betrachten, dem auf Wunsch der Entente alle Sünden aufzuhalsen sind, deren sie ihn anklagt, auch solche, die er nicht begangen hat, um ihn am großen Versöhnungstag in die Wüste zu schicken. Durch ein solches Verfahren würde die deutsche Nation sich vor den übrigen Nationen nicht rehabilitieren, sondern verächtlich machen.

Aber sie soll auch nicht Sünden auf sich nehmen, die nicht sie begangen hat, sondern Wilhelm. Sie soll sich nicht zum Sündenbock des Kaisers machen und von niemand dazu gemacht werden.

War Wilhelms Politik die richtige, dann muß das selbstverständlich anerkannt und den Nationen des Auslandes nachgewiesen werden. Aber auch wer auf diesem Standpunkt steht, wird eher auf unparteiisches Gehör rechnen können, wenn er die Schuld des deutschen Kaisers von der des deutschen Volkes genau trennt und erkennen läßt, daß die Sache des Kaisers nicht seine eigene ist, daß er das Urteil über Deutschland nicht abhängig macht von dem Urteil, das über den deutschen Kaiser gefällt wird.

---

5. Die Rettung des Weltfriedens.

a) Der bedrohte Friede.

Delbrück kann natürlich nicht dabei stehen bleiben, meine Darstellung und Kritik der wilhelminischen Politik des Juli 1914 mit überschäumender Entrüstung als ein erbärmliches Machwerk zu brandmarken. Er fühlt sich gedrängt, auch nachzuweisen, daß jene Politik wenigstens in ihrem Grundplane nicht nur vernünftig, sondern die einzig vernünftige war.

Er wagt die erstaunliche Behauptung, der Krieg gegen Serbien sei nicht etwa nur durch das Interesse Österreichs, sondern durch das Interesse des Weltfriedens geboten gewesen.

Dazu kommt er durch folgende Erwägung. Er nimmt es als feststehend an, daß Rußland mit Serbien einen Krieg gegen Österreich

plante. Auf dieser Basis baut er folgenden Gedankengang auf: Gelang es vorher Serbien niederzuschlagen und gleichzeitig Rußland ruhig zu erhalten, so war ein serbisch-russisches Vorgehen gegen Österreich beseitigt und damit jede Gefahr einer weiteren kriegerischen Aktion ausgeschaltet. Deshalb, im Interesse des Weltfriedens, mußte Österreich an Serbien den Krieg erklären, und zwar so überraschend als möglich.

„Glückte diese Politik, so war die geplante russisch-serbische Offensive gebrochen, ehe sie begonnen hatte, und der Weltfriede auf lange Zeit hinaus gesichert." (S. 75.)

Zwei Seiten später wirft mir Delbrück vor, ich vermeide es „sorgfältig, auf die Frage einzugehen, ob die Behauptung richtig ist, daß das (das „gewaltsame Vorgehen gegen Serbien") alles geschah, zu dem Zwecke und in der Hoffnung, den drohenden Weltkrieg zu verhindern oder mit der Absicht, ihn zu entzünden". (S. 77.)

Ich muß in der Tat bekennen, daß ich die Frage, ob die Kriegserklärung an Serbien den Zweck hatte, den Weltfrieden zu sichern, bisher nicht ernstlicher Erwägung für wert gehalten habe. Daß ein ernsthafter Gelehrter sie stellt, zwingt mich, sie zu erörtern.

Delbrück fährt fort:

„Daß der Weltkrieg da war in dem Augenblick, wo Rußland in die Lage kam, seine uns jetzt urkundlich bekannten Pläne auszuführen und der Weltfriede nur erhalten werden konnte, wenn es, nach einem Ausdruck Kaiser Wilhelms, gelang, die Präponderanz Rußlands auf dem Balkan durch diejenige Österreichs zu ersetzen, das ist Kautsky noch nicht aufgegangen." (S. 20.)

Auch jetzt ist mir diese Weisheit noch nicht aufgegangen, wo sie mir von Professor Delbrück feierlich enthüllt wird. Zunächst die Erhaltung des Weltfriedens. War er im Jahre 1914 überhaupt bedroht, so daß es galt, ihn zu retten?

Delbrück spricht von der „geplanten russisch-serbischen Offensive" (S. 75), von dem Weltkrieg, den Rußland „plante und vorbereitete" (S. 93), von einem „russisch-serbischen Komplott" (S. 72). Wir haben schon eingangs gesehen, was davon zu halten ist. Aber selbst wenn die Annahme Delbrücks richtig wäre, so besagt auch sie nicht, daß ein festes Übereinkommen bestand, gegen Österreich in einem bestimmten Zeitpunkt den Krieg zu eröffnen. Das wagt auch Delbrück nicht zu behaupten.

Seit dem Beginn des imperialistischen Zeitalters hatte es wenige Jahre gegeben, in denen die Weltlage so friedlich war wie 1914. Der Sudan, der Kongo, Marokko ebenso wie China hatten aufgehört, Streitpunkte zu sein. Der Balkankrieg von 1912 war eben durch den Bukarester Frieden beendet worden. Alle Balkanstaaten waren erschöpft und bedurften der Ruhe. Über die Differenzen zwischen Deutschland und England wegen der Bagdadbahn und der portugiesischen Kolonien in Südafrika hatten sich beide Mächte verständigt, und England war Deutschland dabei „überraschend weit entgegengekommen" (Rohrbach,

Der Krieg und die deutsche Politik, 1914, S. 85). Rußland erschien so wenig zum Kriege gerüstet, daß Wilhelm und seine Leute erwarteten, es würde, selbst wenn Österreich es auf dem Balkan provozierte, nicht zum Schwert greifen: in diesem Zeitpunkt, meint Delbrück, hätten Deutschland und Österreich es aufs dringendste nötig gehabt, den gefährdeten Weltfrieden zu retten durch die Kriegserklärung an Serbien!

In Frankreich hatten die Kammerwahlen im Mai 1914 die Sozialisten sehr verstärkt und ein Ministerium nach sich gezogen, für dessen Friedfertigkeit Jaurès sich uns verbürgte. Diese Friedlichkeit darf man freilich nicht überschätzen, es fehlte im Idyll nicht die giftige Schlange im Grase. Allerdings wollte keine der Regierungen damals den Krieg. Jede fürchtete ihn, weil jede wußte, er drohe mit dem furchtbarsten Unheil. Man macht sich eine ganz falsche Vorstellung, wenn man meint, der Imperialismus habe in den Regierungen den Drang nach einem Weltkrieg erzeugt. So direkt brachte er ihn nicht hervor. Die Wirkung des Imperialismus vollzog sich auf einem Umweg. Was er zunächst produzierte, war die Gier nach auswärtigem Besitz oder Einflußsphären, waren Differenzen zwischen den Großmächten und damit stetes, progressiv sich steigerndes Wettrüsten, daher wachsende Nervosität, wachsendes Mißtrauen, zunehmende Furcht, vom Nachbarn überfallen zu werden. Keiner wollte den Krieg, jeder fürchtete ihn, aber mehr noch als den Krieg fürchtete man natürlich die Niederlage, und so war jeder bereit, bei der ersten verdächtigen Bewegung des Nachbarn diesem an die Gurgel zu fahren.

So sagt auch Lord Haldane in seinem jüngsten Buch („Before the war", ich zitiere nach einer Besprechung im Manchester Guardian):

„Die letzte und wirkliche Ursache des Krieges, des größten, den die Menschheit gesehen, war der furchtbare Argwohn, den die betreffenden Nationen gegeneinander hegten."

Er nimmt an, daß auch Wilhelm den Frieden wollte:

„Ich glaube, der Kaiser und Bethmann Hollweg haben die Erhaltung des Friedens aus vollem Herzen gewünscht. Aber zu diesem Zwecke wendeten sie unzweckmäßige Mittel an und das Ergebnis war ein unheilvoller Mißerfolg."

Delbrück freilich meint, gerade in dieser von Argwohn erfüllten Atmosphäre konnte es nichts Zweckmäßigeres geben, um ohne aktuelle Bedrohung von irgendeiner Seite mitten im Frieden den Frieden zu retten, als eine Kriegserklärung.

Wie sollte diese nun den Frieden erhalten? Sie sollte Serbien niederwerfen und in dieser Weise „die Präponderanz Rußlands auf dem Balkan durch diejenige Österreichs ersetzen".

Aber war dies Streben nicht vielmehr das Mittel, Rußland zum Kriege zu reizen, selbst wenn es ihn nicht suchte?

Delbrück sagt über diese entscheidende Frage leider kein Wort, wohl aber zeigt er hier, wie auch sonst, eine sonderbare Betrachtungs-

weise. Wo ich davon spreche, wie mancher deutsche oder österreichische Schritt auf Rußland provozierend wirken mußte, wo ich Konsequenzen untersuche, da sieht er ein Plädoyer, eine Parteinahme für Rußland:

„Rußland nimmt als sein natürliches Recht das Protektorat über den Balkan in Anspruch, und Kautsky, dem kein Wort streng genug ist, um den österreichischen Ehrgeiz zu verurteilen, findet den Anspruch Rußlands ganz legitim." (S. 19, 20.)

Das ist eine der poetischen Lizenzen, die sich Delbrück nicht selten mit meinen Ausführungen erlaubt, um sie leichter kritisieren zu können. Ich habe natürlich nie den russischen Anspruch auf den Balkan für legitim erklärt, ihn vielmehr stets bekämpft, ebenso wie den österreichischen. Aber hier handelt es sich nicht um die Frage, ob uns die russische Präponderanz auf dem Balkan lieb war oder nicht, sondern ob der Versuch, sie durch die österreichische vermittels gewaltsamer Niederwerfung Serbiens zu verdrängen, eine Methode darstellte, den Weltkrieg zu entzünden oder den Weltfrieden zu erhalten.

Daß diese Methode im letzteren Sinne wirken konnte, das hat Delbrück zu beweisen. Darüber verliert er aber kein Wort. Er bekennt vielmehr gleich selbst, daß das österreichische Vorgehen eine große Gefahr bedeutete, denn er fährt fort:

„Daß die Russen sich das (die Verdrängung ihrer Präponderanz auf dem Balkan durch die österreichische) sehr ungern gefallen ließen, ist klar, und Kautsky ist wieder in Widerspruch mit seinen eigenen Akten, wenn er glaubt, daß man sich darüber in Berlin getäuscht habe. Es ist richtig, daß man die Gefahr unterschätzte, aber daß sie vorhanden war, wußte man sehr gut, und wandte alle Mittel und Mittelchen an, um ihr zu entgehen." (S. 20.)

Also ich habe wieder einmal falsch gesehen, wenn ich annahm, man habe sich in Berlin getäuscht. Man hat nur die Gefahr unterschätzt, und eine Unterschätzung ist natürlich keine Selbsttäuschung. Aber ganz abgesehen davon erscheint jetzt plötzlich das Mittel, den Frieden zu retten, als eine Gefahr — für den Frieden. Also Delbrück selbst gesteht zu, daß die deutsche Politik, um den Frieden zu retten, ihn in Gefahr gebracht hat. Mit andern Worten sag' ich das auch.

„Daß die Russen sich ihre Verdrängung nur ungern gefallen ließen", ist selbst für Delbrück klar, damit aber auch klar, sollte man meinen, daß man nur dann erwarten durfte, sie würden sich's, wenn auch ungern, so doch friedlich, gefallen lassen, wenn sie völlig unfähig waren, sich zu wehren, also absolut unfähig, den Frieden zu bedrohen, das heißt, wenn das „russisch-serbische Komplott" eine Lächerlichkeit war. Nur in diesem Falle durfte man eine Rettung des Weltfriedens durch die serbische Kriegserklärung erwarten — nur dann, wenn den Weltfrieden niemand bedrohte, außer Österreich.

Delbrück und seine Gesinnungsgenossen berufen sich darauf, daß die Bethmannsche Regierung aufs eifrigste bemüht war, den österreichisch-serbischen Krieg zu lokalisieren. Das bezeuge doch, daß sie den Weltkrieg nicht wollten.

Leider bezeugt es keineswegs, daß ihr Streben, den serbischen Krieg zu lokalisieren, auch das geeignete Mittel war, den Weltkrieg zu verhindern, und nicht vielmehr das, den Weltkrieg zu entflammen. Und darauf kommt es an.

Es ist zu unterscheiden zwischen Lokalisierung des Krieges und Lokalisierung des Konflikts. Das sind zwei ganz verschiedene Dinge, die Delbrück ebenso wie Bethmann Hollweg und Jagow nicht auseinanderzuhalten weiß.

Auf der einen Seite beteuerten die Österreicher, daß sie gegen keinen andern Krieg führen wollten, als gegen Serbien. Daß sie also den Krieg zu lokalisieren suchten. Auf der andern erklärten die Österreicher im Verein mit Deutschland, der österreichisch-serbische Krieg sei eine Angelegenheit, die niemand anginge, als die Österreicher. So suchten sie den Konflikt zu lokalisieren, das heißt, Europa bei seiner Beilegung auszuschalten. Jagow brachte es fertig (in einem Telegramm an den Botschafter in Rom vom 24. Juli), zu erklären: „Wir betrachten die Angelegenheit als eine interne österreichisch-ungarische" (Dokumente zum Kriegsausbruch, Nr. 145). Ebenso in einem Telegramm an den Gesandten in Stockholm vom 23. Juli (Dokumente, Nr. 123), sowie am 24. an den Botschafter in London (Nr. 140).

Danach wäre der österreichisch-serbische Krieg nicht einmal die Serben etwas angegangen, sondern nur die Österreicher. Diese profunde Staatsweisheit, die einen Krieg für eine interne Angelegenheit eines Staates erklärt und damit alle internationalen Komplikationen, die jeder Krieg mit sich bringt, aus der Welt geschafft zu haben meint, hat uns glücklich in den Weltkrieg hineingeführt.

Während des ganzen 19. Jahrhunderts hatte sich's gezeigt, daß jede Machtverschiebung auf dem Balkan fast alle Großmächte in Bewegung setzte, nicht nur die Nachbarn der Türkei, Rußland und Österreich, sondern auch die Mittelmeermächte, Italien und Frankreich sowie England. Die Position auf dem Balkan konnte eben zu einer beherrschenden für das östliche Mittelmeer und den Weg nach Indien werden. Die Türkei aber ebenso wie die ihr folgenden Kleinstaaten waren nicht imstande, mit eigener Kraft sich einer der benachbarten Großmächte zu erwehren: jeder Großstaat, der auf dem Balkan das Übergewicht zu erlangen suchte, stieß dabei auf den Widerstand anderer Großmächte, hatte mit der Gegnerschaft einer Koalition zu rechnen.

Das mußte Rußland erfahren, als es im Anfang der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts seinen Konflikt mit dem Sultan zu „lokalisieren" suchte und ihn als eine, um mit Jagow zu reden, „interne" Angelegenheit Rußlands betrachtet wissen wollte, in die kein anderer sich dreinzumischen habe. Diesen Versuch, den Krieg mit der Türkei zu „lokalisieren", hat damals niemand als Beweis großer Friedensliebe des Zaren angesehen. England, Frankreich, Sardinien erklärten ihm

den Krieg, Österreich war nahe daran, das gleiche zu tun. Nur Preußen bewahrte eine für Rußland wohlwollende Neutralität.

Und dann 1878, als Rußland abermals im Kriege mit der Türkei stand und ihn wiederum lokalisieren wollte, stand es wie 1854 vor einem Kriege mit England, vielleicht auch Österreich, und es entging ihm nur dadurch, daß es die Intervention der Großmächte akzeptierte und die Verständigung mit Europa auf dem Berliner Kongreß suchte. Dort wurde auch Österreich zur Okkupation Bosniens ermächtigt. Es erlangte sie nicht durch eine „lokalisierte" Operation, sondern durch das Mandat Europas.

Im 20. Jahrhundert nun war es nicht mehr Rußland, sondern Österreich, das durch „lokalisiertes" Vorgehen auf dem Balkan Fortschritte zu machen suchte. Im Jahre 1908 proklamierte es, ohne die Signatarmächte des Londoner Kongresses zu fragen, die Annexion Bosniens. Und von da an verfolgte es systematisch die Politik des „lokalisierten" Konflikts mit Serbien, das heißt, des Strebens nach Ausschluß jeder europäischen Intervention oder Vermittlung bei seinen Bestrebungen, auf dem Balkan vermehrte Macht zu gewinnen.

Jeder Kenner der Balkangeschichte seit hundert Jahren mußte sich darüber klar sein, daß diese Politik zum Weltkrieg führte. Schlimm genug, daß Deutschlands leitende Staatsmänner 1914 dafür blind waren. Geradezu unbegreiflich aber ist es, wie ein Historiker vom Range Delbrücks das auch 1920 noch nicht einzusehen vermag.

b) Die deutsche Schwenkung.

Indes sind wir mit dem Delbrückschen Plan der Friedensrettung noch nicht zu Ende. Er berichtet uns:

„Man wollte, daß Österreich möglichst schnell und energisch vorgehe, seine Aktion aber, sobald das Gewünschte erreicht war, so weit wieder einschränkte, daß Rußland sich damit abfinden konnte." (S. 13.)

Im ganzen Vorgehen Wiens und Berlins im Juli 1914 findet er nur einen Fehler:

„Der wesentliche Fehler, den die Staatsmänner in Berlin und namentlich in Wien gemacht haben, ist, daß sie die von vornherein beabsichtigte Schwenkung zum Kompromiß mit Serbien nicht schnell genug vollzogen haben." (S. 28.)

Danach wurde der Krieg gegen Serbien nur erklärt mit der Absicht, schleunigst nach seinem Ausbruch zu einem „Kompromiß" zu kommen.

Woher kommt Professor Delbrück zur Kenntnis dieses Plans? Wenn er bestand, wurde er bisher auf das sorgfältigste geheim gehalten. Weder in den deutschen Akten noch im österreichischen Rotbuch ist irgend etwas darüber zu finden. Die Österreicher bezeigten nie die ernstliche Absicht zum Einlenken, und die von deutscher Seite in den

letzten Tagen des Juli nach Wien gesandten Ermahnungen in dieser Hinsicht sind ganz offensichtlich Produkte plötzlicher Angst und durchaus nicht eines vorher gefaßten Planes.

Er wäre auch zu sinnreich gewesen! Man steuerte auf einen Kompromiß hin und verrammelte vorher alle Wege zu ihm durch Ablehnung jeder Fristverlängerung für die Beantwortung des Ultimatums und durch das Ablehnen aller Vermittlungsvorschläge bis zur Erklärung des Krieges an Serbien.

Noch am 29. Juli verweigerte die Wiener Regierung die von England gewünschten Verhandlungen mit Serbien, mit dem Hinweis darauf, daß „der Kriegszustand zwischen der Monarchie und Serbien bereits eingetreten" sei.

So mangelhaft meine historischen Kenntnisse auch sein mögen, sie lehren mich doch, daß eine Kriegserklärung der ungeeignetste Weg ist, zu einem Kompromiß zu kommen, den man vorher schon plant. Man erklärt nicht den Krieg, wenn man einen Kompromiß will und der Gegner zu Verhandlungen bereit ist, und Serbien kam so weit entgegen, daß jeder Kriegsgrund wegfiel, wie Wilhelm selbst am 28. Juli anerkannte. Wer den Krieg erklärt, obwohl der Gegner verhandeln will, der beweist, daß er nicht den Kompromiß will, sondern die Niederschlagung des andern.

Hat ein Krieg einmal begonnen, dann weiß niemand, welche Situationen er heraufbeschwört, wohin er durch Siege und Niederlagen steuert.

Es hätte nichts Sinnloseres gegeben, als den geheimen Plan, zum Krieg zu drängen, um zum Kompromiß zu schreiten. Diese Politik ist ungefähr ebenso geistreich, wie wenn sich jemand daran machte, eine Pistole abzufeuern mit der Absicht, die Kugel, sobald sie aus dem Lauf ist, mit einem Schmetterlingsnetz aufzufangen und unschädlich zu machen.

Die Politik der Herren in Wien und Berlin war sicher höchst verkehrt, aber doch nicht so sehr, daß sie nach diesem „ganz klaren und wohlüberlegten Programm logisch" vorgegangen wären.

Wie kann aber Delbrück auf S. 28 es für einen Fehler halten, daß man die „von vornherein beabsichtigte Schwenkung zum Kompromiß mit Serbien nicht rasch genug vollzogen hat", das heißt, nicht unmittelbar nach der Kriegserklärung vom 28. Juli, wo er doch auf S. 9 schreibt:

„Hat sich ein Volk einmal mit einem nationalen Ideal erfüllt, wie damals das serbische, so ist eine solche Gesinnung durch d i p l o m a t i s c h e M i t t e l nicht mehr zu unterdrücken, noch zu bändigen. . . . Wollten die Österreicher in der Einsicht, daß nicht sowohl ein Groß-Serbien als ein Chaos das Ergebnis dieser Politik (Serbiens) sein werde, sie unterbinden, so mußten sie suchen, den serbischen Größenwahn nicht bloß zu d ä m p f e n, sondern zu b r e c h e n."

Ich sehe ab von der historischen Einsicht des Professors Delbrück, der sich einbildet, ein nationales Ideal eines Volkes — natürlich nicht

des deutschen — ließe sich mit Gewaltmitteln unterdrücken und sein nationales Sehnen töten. Derartiges ist natürlich ganz unmöglich, namentlich unter modernen Verhältnissen. Je stärker eine Nation vergewaltigt wird, um so kraftvoller wächst ihr nationales Empfinden. Was immer die Österreicher 1914 hätten tun können, um den „serbischen Größenwahn" zu brechen, Krieg, Zerstücklung, Annexion, es konnte nur dazu dienen, den serbischen Nationalismus bei allen Serbokroaten innerhalb und außerhalb Österreichs hoch aufflammen zu lassen und ihren Haß gegen das Joch der Doppelmonarchie zum Siedepunkt zu steigern. Mit andern Worten, auch wenn der österreichische Krieg gegen Serbien nicht den Weltkrieg entzündet, sondern Rußland ihn ruhig hingenommen hätte, wäre die Gefährdung Österreichs durch die serbische nationale Idee dadurch auf keinen Fall vermindert worden.

Es ist schlimm genug, daß österreichische und deutsche Diplomaten, Bureaukraten und Soldaten dem demokratischen Bedürfnis der Nationalitäten nach Selbstbestimmung 1914 so verständnislos gegenüberstanden und dadurch zu einer so verhängnisvoll falschen Rechnung kamen.

Wahrhaft erschreckend jedoch ist es, bei einem Delbrück die gleiche Verständnislosigkeit zu finden — heute noch zu finden. Es bildet eine geringe Entschuldigung für ihn, daß augenblicklich nach dem Krieg französische Machtpolitiker ebenso blind Deutschland gegenüber sind und auf dessen Zerstückelung spekulieren.

Man findet auch bei ihm ebensowenig wie bei Bethmann eine Ahnung davon, daß Österreich von innen durch seine eigene Zerklüftung bedroht war, nicht von außen. Nur deshalb konnte das kleine Serbien mit nicht ganz fünf Millionen dem Kaiserstaat mit über fünfzig Millionen als eine Gefahr erscheinen. Eine jede Kraftprobe, wie ein großer Krieg, konnte das morsche Gefüge dieses verfaulenden Staates nur bis zum völligen Zusammenbrechen erschüttern, niemals es befestigen.

Aber wenn man schon für alles das blind ist und auf dem rein polizeilich-militaristischen Standpunkt steht, wie kann man dann aussprechen, der Krieg hätte bloß ein Scheinkrieg sein sollen, der durch einen Kompromiß zu beenden war, ehe er recht begonnen hatte? Und warum sollte ein Kompromiß nach einer Kriegserklärung, von der sich's sofort herausstellte, daß sie nicht ernsthaft gemeint war, den serbischen „Größenwahn" brechen, wenn ein Kompromiß durch bloße diplomatische Verhandlungen absolut ungenügend erschien?

Je mehr man sich in das Labyrinth der auswärtigen Politik Delbrücks vertieft, desto weniger zeigt es einen Ausweg.

Diese Wirrnis erklärt sich wohl zum Teil daraus, daß bei Delbrück zwei verschiedene Gedankengänge durcheinanderlaufen, ohne gesondert verfolgt zu werden: der Gedanke der Erhaltung des Weltfriedens und der des Präventivkrieges. Letzterer geht von dem geraden Gegenteil des ersteren aus: wer den Präventivkrieg will, der hält den Frieden für unrettbar verloren, den Krieg für unvermeidlich, so

daß es nur darauf ankommt, den günstigsten Moment für den Krieg zu finden.

Durch Verbindung beider Gedanken gelingt es Delbrück, den Bastard des Präventivkrieges zur Erhaltung des Friedens zu produzieren:

„Die Ermordung des Thronfolgers war nicht etwa ein Vorwand, den Österreich benutzte, um Serbien niederzuschlagen, sondern sie gab eine Gelegenheit, die kein Staat unbenutzt lassen konnte, Serbien außer Spiel zu setzen, unter Verhältnissen, wo man hoffen durfte, daß Rußland noch ruhig bleiben würde. Will man sagen, daß es also ein Präventivkrieg war, so war es ein solcher nur in bezug auf Serbien, nicht aber in bezug auf Rußland; in bezug auf Rußland war es das gerade Gegenteil: man wollte dem Krieg mit Rußland auf diese Weise entgehen."

So wörtlich zu lesen auf S. 10! Das hätte schon unendlich naiv geklungen im Juli 1914, wo noch nicht die Erfahrung zeigte, wie man dem Krieg mit Rußland „auf diese Weise entging". Schon damals war sich fast alle Welt darüber einig, daß der Krieg gegen Serbien die Gefahr des Weltkrieges entfessele. So äußerte sich schon am 25. Juli der Vorstand der deutschen Sozialdemokratie, und der Historiker Delbrück schreibt auch da Phantasiehistorie, wenn er meine heutige Haltung zu der damaligen meiner sämtlichen Freunde und Gesinnungsgenossen in Gegensatz bringen will (S. 21).

c) Der Präventivkrieg.

Der Präventivkrieg gegen Serbien zur Erhaltung des Friedens ist die denkbar lächerlichste Vorstellung. In Wirklichkeit guckt hinter ihr auch bei Delbrück die einzig rationelle Vorstellung des großen Präventivkrieges gegen Rußland und seine Verbündeten durch.

So sagt er auf S. 12:

„Unbenommen bleibt es natürlich jedermann, zu glauben, daß das russisch-serbische Komplott zwecks der Eroberung von Konstantinopel und Zertrümmerung von Österreich-Ungarn niemals zur Ausführung gekommen, sondern durch eine überwältigende Zunahme der pazifistischen Bewegung im Keime erstickt worden wäre. Das Prinzip, daß in der Welt das Recht herrschen müsse und nicht die Gewalt, hätte dann Österreich für alle Zeit seine Grenzen und dem Sultan den Besitz von Konstantinopel verbürgt. Stand ein solcher Zustand in Aussicht, stand er schon vor der Tür, so war die Politik der Zentralmächte mit ihrem Risiko des Weltkrieges überflüssig und verkehrt, und man darf sie verdammen."

Hier erscheint plötzlich die Politik zur Rettung des Weltfriedens als „Risiko des Weltkrieges"; das heißt, Bethmann und Berchtold beschworen den Präventivkrieg herauf, nicht mehr zur Rettung des Weltfriedens, sondern zur Rettung des Sultans und der Monarchie der Habsburger, deren Bestand unser Historiker „für alle Zeiten" mit der Herrschaft des „Rechts" identifiziert.

Da nicht zu erwarten war, daß die Pazifisten in absehbarer Zeit stark genug würden, den Weltkrieg zu verhindern, mußte man ihn also nach Delbrück 1914 „riskieren", weil damals die Situation für die Zentralmächte günstiger erschien, als je wieder erwartet werden durfte.

Dieser Gedankengang ähnelt schon mehr den wirklichen Anschauungen Wilhelms, Bethmanns, Jagows, die zur Entzündung des Weltkriegs führten. Deren Politik war auch nach Delbrück überflüssig, verkehrt. zu verdammen, wenn eine Möglichkeit bestand, das „russisch-serbische Komplott im Keime zu ersticken". Doch sieht er nur einen Faktor, der dafür in Betracht hätte kommen können, die pazifistische Bewegung, und die war für absehbare Zeit machtlos.

Hier liegt der Grundfehler aller Argumentationen, die zugunsten der wilhelminischen Politik von 1914 vorgebracht wurden. Sie können sich kein anderes politisches Moment vorstellen, das den kommenden Weltkrieg hätte verhindern können, als den bürgerlichen Pazifismus, zu dessen Kraft sie kein Zutrauen haben.

Nun brauche ich doch Delbrück nicht auf die bekannten Äußerungen Bismarcks hinzuweisen, der sich in seinen „Gedanken und Erinnerungen" wiederholt entschieden gegen Präventivkriege ausspricht. So schrieb er am 13. August 1875 an Wilhelm I.:

„Ich würde noch heute, wie 1867 in der Luxemburger Frage, Euerer Majestät niemals zureden, einen Krieg um deswillen sofort zu führen, weil wahrscheinlich ist, daß der Gegner ihn bald beginnen werde. Man kann die Wege der göttlichen Vorsehung dazu niemals sicher genug im voraus erkennen."

Das heißt, in moderne Sprache übersetzt, es können immer unerwartete Wendungen eintreten, die den Gegner von dem geplanten Krieg ablenken. Ein Krieg ist etwas so Unheilvolles, daß man sich auf ihn nur einlassen darf, wenn er, wie Bismarck an einer andern Stelle sagt, direkt aufgezwungen ist.

Im Jahre 1914 aber stand die Sache so, daß für das „Ersticken" dessen, was von dem „russisch-serbischen Komplott" wirklich vorhanden war, keineswegs bloß die pazifistische Bewegung oder die unerforschlichen Wege der Vorsehung in Betracht kamen, sondern bereits ein dritter Faktor aufstieg: die Revolution in Rußland. Sie stand „in Aussicht und schon vor der Tür", durch sie hätte aber die Weltpolitik ein ganz neues Gesicht bekommen. Da mußte für Wilhelm und seine Leute die Rettung des Zarenthrones noch wichtiger werden als die Rettung Österreichs und Konstantinopels. Andererseits wäre es für die deutsche Sozialdemokratie eine Lebensfrage geworden, die Verwendung der deutschen Armee als Hilfstruppe des russischen Absolutismus zu verhindern. Wer hätte da noch an den Präventivkrieg um Serbiens Willen gedacht?

Freilich, auch das rechtzeitige Eintreten der russischen Revolution konnte niemand verbürgen. Indes war die deutsche Regierung nicht darauf angewiesen, ruhig abzuwarten, ob sich im Ausland Elemente entwickelten, die der russisch-serbischen Gefahr entgegenwirkten. Sie konnte aus eigener Initiative sehr viel zur Beschwörung dieser Gefahr leisten, die wohl bestand, wenn sie auch entfernt davon war, die Form eines festen Planes oder eines Abkommens anzunehmen.

Vor allem mußte Deutschland den Bundesgenossen drängen, sich lebensfähiger zu gestalten. Es konnte einen sterbenden Staat als Verbündeten nicht brauchen. Die serbische nationale Bewegung bedrohte Österreichs Bestand nicht deshalb, weil Serbien im Komplott mit Rußland war, sondern nur deshalb, weil die dualistische Monarchie in ihrem Innern vor dem Zusammenbruch stand. Schon 1915 sagte ich in einer Schrift, die wegen der Schikanen der Militärzensur dem deutschen Publikum schwer zugänglich wurde:

„Für Österreich bedeutete dies Aufkommen selbständiger Nationalstaaten an seiner Grenze unter russischer Führung eine Notwendigkeit mehr, auch seiner eigenen inneren Politik und Organisation Formen zu geben, die seine innere Anziehungskraft erhöhten. Das konnten nur Formen sein, die es einem Bund autonomer nationaler Staaten oder doch Territorien näher brachten. „Darin lag die einzige Möglichkeit, den Gefahren zu begegnen, die ihm aus der russischen Politik auf dem Balkan erwuchsen. Aber diese Möglichkeit begegnete starken Widerständen." (Nationalstaat, Imperialistischer Staat und Staatenbund, Nürnberg 1915, S. 61.)

Den stärksten unter diesen Widerständen bildete der ungarische Adel, eine Klasse, deren Kraft und Brutalität, ja Grausamkeit ebenso groß war wie ihre Gier nach Plünderung des Staates und ihre nationale Beschränktheit. Die Elemente, die jetzt in Budapest ein wahres Banditenregiment führen, es sind dieselben, die wir vor 1914 als Träger des Schreckensregiments gegen die Südslawen finden, das jene in der Tötung des Thronfolgers gipfelnde Serie von Attentaten erzeugte. Ungarische Adlige waren auch die stärkste Triebkraft bei der Herbeiführung jenes unseligen serbischen Abenteuers, das uns Delbrück heut noch als den Inbegriff politischer Weisheit preist: der ungarische Magnat Graf Berchtold, unter ihm der Kabinettschef Graf Hoyos, der Sektionschef Graf Forgach, der österreichische Gesandte Graf Szögyény in Berlin, Graf Szápáry in Petersburg, Graf Szécsen in Paris, Herr v. Mérey in Rom, der Markgraf Pallavicini, Botschafter in Konstantinopel, Herr v. Mussulin, der Verfasser des Ultimatums — alles ungarische Aristokraten!

Von ihnen war der stärkste Widerstand gegen die Demokratisierung Österreichs, gegen die Autonomie seiner Nationalitäten zu erwarten. Er konnte jedoch gebrochen werden, wenn Deutschland aufs energischste die Modernisierung Österreichs forderte. Aber wie durfte man Derartiges von der deutschen Regierung erwarten! Statt zu merken, daß Österreich nur noch von ihren Gnaden abhing, nur durch ihre Unterstützung noch am Leben erhalten wurde, lebte sie in steter Angst, man könne die Wiener Staatsmänner verschnupfen, und geriet um so mehr in völlige Abhängigkeit von ihnen, je mehr man in der übrigen Welt alle Freunde verlor. Und wie konnte man preußischen Junkern, die dem eigenen Volke das gleiche Wahlrecht verweigerten, zutrauen, sie würden helfen, daß den geistesverwandten Standesgenossen in Ungarn das allgemeine, gleiche Wahlrecht aufgezwungen werde!

Aber wäre die Präventivaktion der Modernisierung Österreichs zur Beschwörung der serbischen Gefahr nicht weit heilsamer gewesen, als

der Präventivkrieg, mochte dieser auch, als bloßer Krieg gegen Serbien, wie das Kind jener Jungfrau, noch so klein sein?

Mit der Modernisierung Österreichs wäre die Gegenaktion gegen das russisch-serbische Komplott indes nicht erledigt gewesen. Deutschland mußte mit aller Kraft trachten, aus der unhaltbaren Situation herauszukommen, daß man gleichzeitig das Mißtrauen Rußlands und Englands genoß. Die bald dem einen, bald dem andern dieser Staaten entgegenkommenden Halbheiten der Bethmannschen Politik waren eher geeignet, das Mißtrauen beider zu schüren, als es auch nur bei einem zu überwinden.

Entweder war Deutschland entschlossen, den Kampf mit England um die Seeherrschaft aufzunehmen, dann mußte es darauf verzichten, Rußland den Weg nach Konstantinopel zu versperren. Oder es hielt es für dringend notwendig, daß Rußland keine weiteren Fortschritte mehr auf dem Balkan und in der Türkei mache, dann mußte es mit England zu einer Verständigung, zu einem Bündnis kommen, was vor allem den Verzicht auf das Wettrüsten zur See bedeutete.

Sich gleichzeitig England und Rußland in den Weg zu stellen, war ein Wahnsinn. Dagegen wurde Deutschland, mit Rußland oder mit England verbündet, stark genug, jeden Weltkrieg unmöglich zu machen, den es nicht selbst wollte.

Das wäre die Präventivaktion gewesen, die Bethmann Hollweg hätte betreiben müssen an Stelle des Präventivkrieges gegen Serbien mit dem Risiko des Weltkrieges.

Das wäre noch lange keine sozialistische oder pazifistische Politik gewesen, sondern eine, die den Interessen entsprach, zu deren Vertretung die leitenden Staatsmänner Deutschlands auserkoren waren. Aber freilich, sie hätte „ein ganz klares und wohlüberlegtes Programm" vorausgesetzt, und an dem mangelte es der deutschen Reichsregierung vollständig, trotz des felsenfesten Vertrauens, das heute noch preußische Historiker zu ihr hegen.

Haltlos schwankte sie hin und her zwischen den verschiedenen und wechselnden Strömungen, Sonderinteressen, Einfällen und Stimmungen, die auf sie einwirkten.

Mit dieser Konstatierung darf ich mich wohl von meinem gestrengen Kritiker verabschieden. Ich will ihm gern das Zeugnis ausstellen, daß er redlich bemüht war, das wilhelminische Regiment im besten Lichte erscheinen zu lassen. Die Entscheidung darüber, ob ihm das gelungen, muß ich natürlich dem Leser meiner Ausführungen überlassen.

Ich selbst fühle mich in meiner Auffassung vom Ursprung des Weltkrieges, der ich in meiner Schrift darüber Ausdruck gab, durch die Einwände Delbrücks nicht nur nicht erschüttert, sondern bestärkt, so hohl erscheinen sie mir.

---

6. Die auswärtige Politik der Zukunft.

Ich hatte hier bisher nur kritisch vorzugehen, die Bemängelungen und Einwände Delbrücks einer Prüfung zu unterziehen, was zu einer Kritik der auswärtigen Politik der wilhelminischen Regierung wurde.

Doch möchte ich es nicht bei diesem negativen und niederdrückenden Ergebnis bewenden lassen, sondern mit einem Ausblick auf eine bessere Zukunft schließen, die herbeizuführen unsere Aufgabe ist.

Der Weltkrieg hat die internationalen Verhältnisse völlig umgewälzt und ganz neue Bedingungen namentlich für die äußere Politik Deutschlands geschaffen.

Durch eine Bündnispolitik könnte es heute nur noch geschädigt werden.

Von mancher Seite wird ein Bündnis mit Sowjetrußland empfohlen, das sich eben für die Entente als unbesiegbar erwiesen hat. Sicher dürfen wir die feindselige Politik der Entente gegen das heutige Rußland nicht mitmachen. Wohl bekämpfen auch wir den Bolschewismus, aber nicht deshalb, weil er eine Gefahr für den Kapitalismus bildet, sondern weil er nicht imstande ist, einen modernen, auf der Selbstverwaltung der Arbeiterklasse und auf allseitiger Demokratie in der Gesellschaft aufgebauten Sozialismus durchzuführen.

Die Überlegenheit der Waffen ist jedoch nicht das Mittel, die politische, ökonomische, soziale Unzulänglichkeit des Bolschewismus für die Lösung moderner Probleme an den Tag zu bringen. Der Krieg ist eher ein Mittel, diese Unzulänglichkeit zu verdecken, da er unter allen Umständen die Diktatur und staatliche Zwangsmaßregeln für Eigentum und Produktion begünstigt.

So war auch das französische Schreckensregiment wohl außerstande, jene Gesellschaft der Gleichheit und Brüderlichkeit zu schaffen, die es anstrebte, dagegen erwies es sich als ein probates Mittel, den Krieg gegen die Feinde der Revolution zu führen. Darin, nicht in seinen sozialen Neugestaltungen, liegt seine große historische Leistung. Die Herrschaft der Jakobiner nahm ein Ende, als der auswärtige Feind besiegt und Frankreich von der Invasion gesäubert war.

Die Intervention von außen war also das schlechteste Mittel, den Einfluß des Bolschewismus auf die Gemüter des russischen Volkes sowie erheblicher Teile des europäischen Proletariats zu brechen. Sie ist wohl in erster Linie dem Drängen Frankreichs zuzuschreiben, das seit dem Zusammenbruch Deutschlands eine Politik betreibt, die, wenn sie mit jener Logik fortgeführt wird, die Delbrück fordert, oder vielmehr dann erst recht, geeignet sein könnte, die französische Republik an Stelle der früheren deutschen Militärmonarchie zum unbeliebtesten Staat in Europa zu machen.

Viel trägt dazu bei, daß die Franzosen, als ein Volk, in dem immer noch die Bauernschaft überwiegt, in ihrem Denken sehr konservativ sind. Selbst der revolutionäre Elan des französischen Proletariats ist vielfach recht konservativer Natur, beruht auf der Pflege der Traditionen der großen Revolution, die das 18. Jahrhundert abschloß. Und die Militaristen und Intellektuellen des heutigen Frankreich bewegen sich ganz in den Überlieferungen des ersten Napoleon und Talleyrands, die ebenso wie die Herren der heiligen Allianz Staatengrenzen nach ihrem Belieben formten.

Darunter leidet am meisten Deutschland, es hat insofern das gleiche Interesse wie Sowjetrußland. Aber wollte es sich mit diesem verbinden zur Abwehr des gemeinsamen Feindes, so hieße das nur eine Situation schaffen, ähnlich der der napoleonischen Kriege, durch die Rußland wie Frankreich relativ wenig verwüstet wurden, ungeheuer dagegen Deutschland, das den Kriegsschauplatz bildete. Das fehlte noch für das zertretene und aus tausend Wunden blutende Deutschland, daß auf seinem Boden die Schlachten zwischen Bolschewisten und Ententisten geschlagen würden!

Das wäre aber das einzige sichere Ergebnis eines deutsch-russischen Bündnisses.

Ein anderes Bündnis ist indes für das heutige Deutschland kaum möglich. Will es nicht ganz isoliert in der Welt dastehen, bleibt ihm nur *eine* Zuflucht übrig: *der Völkerbund*.

Freilich, die äußerste Rechte wie die äußerste Linke, und viele dazwischen haben für dieses Gebilde nur ein verächtliches Lächeln übrig. Und der Bund verdiente es auch, wenn seine bis jetzt vorgesehene Gestalt seine definitive wäre. So wenig sich jedoch über die Zukunft des Völkerbundes noch sagen läßt, eines steht fest: seine jetzige Gestalt wird nicht dauern. Entweder erweist er sich als keiner Verbesserung fähig, und dann wehe der Menschheit! Dann kommt er zu keinem wirklichen Leben, zerfällt rasch und hinterläßt ein balkanisiertes Europa, das, wie die Schöpfungen des Wiener Kongresses, nur durch neue Kriege den Bedürfnissen der Völker anzupassen ist.

Oder aber man trachtet, den Völkerbund lebensfähig zu gestalten, und dann muß er gründlich umgewandelt werden.

Und alles spricht dafür, daß dies geschieht. Denn sobald lassen sich die Völker Westeuropas nicht auf einen neuen Krieg ein. Sie sind zu erschöpft und haben die Furchtbarkeit moderner Kriegführung zu sehr erfahren. Die Verhältnisse, die der Friedensschluß geschaffen hat, sind aber unhaltbar für alle Beteiligten, und will man sie nicht durch kriegerische Entscheidung ändern, dann bleibt nichts übrig, als der Appell an den Völkerbund. Dieser hat aufgehört, der Traum einiger pazifistischer Schwärmer zu sein, er ist zu einer dringenden Notwendigkeit praktischer Politik geworden. Darum wird er bestehn, darum wird man trachten müssen, ihm Formen zu geben, die ihn lebensfähig machen.

Das wird um so mehr gelingen, je mehr das Proletariat an Macht gewinnt bei den Siegern, die ja zunächst über ihn zu entscheiden haben. In Frankreich ging das bisher noch nicht so, wie wir es wünschten. Aber in allen anderen Staaten der Gegner ist es in raschem Vordringen begriffen, namentlich in dem wichtigsten unter ihnen, in England.

Das britische Reich ist mehr als jedes andere ein Weltreich geworden. Doch in demselben Maße, in dem es wuchs, wurde es immer mehr ein Völkerbund. Je mehr die Weltherrschaft Großbritanniens sich in der Welt ausdehnte, desto mehr verlor sie den Charakter der Herrschaft. Seine Kolonialpolitik hat ihm zwei große Warnungen erteilt, die es beherzigte: den Abfall der nordamerikanischen Kolonien 1776, der es seinen wertvollsten Besitz in Amerika kostete, und den ostindischen Aufstand von 1857, der ihm fast die damalige Hauptquelle seines aus den Kolonien stammenden Reichtums entrissen hätte.

Seit dem Verlust der Vereinigten Staaten wurde Großbritannien sehr liberal gegen seine Siedlerkolonien; seit dem indischen Aufstand begann es auch Indien nicht mehr als bloßes Plünderungsobjekt, sondern auch als einen Gegenstand fortschreitender Kultivierung zu behandeln, was aber nichts anderes bedeutete, als daß in Ostindien die Elemente erstarkten, die nach Selbständigkeit verlangten, die zur Selbständigkeit reif waren.

Der Weltkrieg hat das englische Mutterland gezwungen, an seine Kolonien die größten Anforderungen zu stellen; er hat ihr Kraftgefühl gewaltig gehoben, damit aber auch bei den schon selbständigen Dominions ihren Einfluß auf die Reichspolitik gestärkt, im britischen Indien den Drang nach Selbständigkeit ungeheuer vermehrt. Bereits hat England Konzessionen gemacht, es wird weitere machen müssen, will es offener Rebellion vorbeugen. Das Wachstum der englischen Arbeiterpartei wird diesen Prozeß beschleunigen. So wird das britische Reich immer mehr das Vorbild eines richtigen Völkerbundes werden.

Dieser britische Völkerbund wird im internationalen Völkerbund die entscheidende Macht bilden, er wird aber auch die besten Erfahrungen bieten, die wirksamsten Triebkräfte entwickeln, um den allgemeinen Völkerbund zu einem vollkommeneren zu gestalten.

Aufgabe der auswärtigen Politik Deutschlands ist es, auf alle jene Elemente in der Welt und namentlich im britischen Reiche zu wirken, die imstande und gewillt sind, den Völkerbund zu einem kraftvollen Werkzeug wahrhaft internationaler Gerechtigkeit zu machen. Es soll wirken nicht durch diplomatische Künste, sondern durch die moralische Wirkung seiner Haltung, die frei sein muß von allen Gelüsten nach Revanche oder bewaffneter Widersetzlichkeit. Es muß aufhören, Großmachtspolitik zu treiben, es muß eine Politik treiben gleich jener, die die Schweiz oder Belgien wohlhabend und frei gemacht hat. Es soll diese Politik treiben, nicht um sich willenlos den Großmächten auszu-

liefern oder vor ihnen zu beugen, sondern um ihnen führend voranzugehen zu einer höheren Stufe internationaler Politik.

Das erheischt steten Kampf gegen die Geistesverfassung, die in den herrschenden Klassen Deutschlands überwog und an der sich der Weltkrieg entzündete, wie nicht minder den Kampf gegen die Geistesverfassung, die der Krieg und der Sieg in den herrschenden Klassen der Entente zum Überwiegen gebracht und sie verleitet hat, einen Frieden zu diktieren, der nicht nur allen den Grundsätzen Hohn spricht, zu deren Wahrung sie in den Krieg gezogen sein wollten, sondern der sogar die Sieger selbst mit Leiden und Gefahren bedroht und die ganze gequälte Welt nicht zur Ruhe und zum Aufatmen kommen läßt.

Den Kampf gegen die bedrückende Geistesverfassung der Sieger kann man als Deutscher wirksam nur führen, wenn man sich frei macht von jedem apologetischen Bedürfnis gegenüber der Geistesverfassung der deutschen regierenden Elemente vor dem Krieg. Die deutschen Männer der Wissenschaft müßten dabei vorausgehen.

Statt dessen gestalten sich in Deutschland die Universitäten zu Brutstätten einer Gesinnung, die stolz darauf ist, trotz der so furchtbaren Lehren des Krieges nichts gelernt und nichts vergessen zu haben. Wie Figura zeigt, kann selbst ein so bedeutender Mann wie Delbrück nicht über jene Gesinnung hinaus, die in den preußischen Universitäten das geistige Leibregiment der Hohenzollern erblickte, wie sie im August 1870 vor dem Berliner Professor du Bois-Reymond rühmend bezeichnet wurden. Heute marschiert diesem Regiment Herr Professor Eduard Meyer stolz als Tambourmajor voraus.

Zum Glück wird in preußischen Hörsälen und preußischen Jahrbüchern Geschichte nur d o z i e r t. G e m a c h t wird sie anderswo.



Druck: A. Seydel & Cie. G. m. b. H., Berlin SW 61.


89092546910
b89092546910a




89092546910
B89092546910A